

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Sie will nicht!

Man erinnere sich an die Haltung der Regierung vor rund einem Jahre, als die Fleischsteuerung eine neue Steigerung erfuhr...

An diese Verhöhnung der Volksnot erinnert die Auslassung, die eine offiziös benutzte Korrespondenz jetzt in der Frage der Arbeitslosenversicherung als Anschauung der Regierung verbreitet.

Was weiß denn nun die offiziös Korrespondenz gegen die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung zu sagen? Es ist charakteristisch, daß ihre Darlegung damit beginnt, sich die Klage der Unternehmer über angeblich hohe sozialpolitische Lasten zu eigen zu machen.

Höchst oberflächlich ist der weitere Einwand, daß die Ausbärdung neuer Lasten im Moment die Krise und damit die Arbeitslosigkeit nur verschärfen würde.

Wenn die Regierung in diesem Zusammenhange auf die Schuldfrage eingehen zu müssen glaubte, so hätte sie sich auch hier nicht gerade ausschließlich den Standpunkt der Unternehmer zu eigen machen sollen.

Und in der Tat ist kein Fortschritt von Leuten zu erwarten, die sich auf folgenden unglaublichen Standpunkt stellen:

Wir stehen zurzeit auf einem Höhepunkt in der Versicherungsgesetzgebung, der nicht überschritten werden darf.

Sollte das wirklich in dieser Fassung die Anschauung der Regierung sein, so läge in dieser Ueberhebung der Schlüssel für die störrische Abneigung gegen jede auch noch so kleine Verbesserung auf sozialpolitischem Gebiete.

Das Krupp-Direktorium in Nöten.

Otto der fürchterliche.

Otto heißt der Mann, Otto, wie der Deros des Jahrhunderts, der in diesen schlimmen Tagen der Krupp-Enttarnungen den Staat, die Kanonenfirma und die deutsche Industrie retten wollte.

Nach der Beschlagnahme der Regensburger Papiere erwähnte der Staatsanwalt ganz beiläufig, daß sich unter den auszuscheidenden, nicht zur Sache gehörigen Schriftstücken Regens auch eine Anzahl belgischer Korrespondenzen befänden.

Nach dieser genialen Rettung des Krupp-Geschäfts und der deutschen Industrie war es natürlich kein Wunder, daß man in Belgien die Ohren spitze.

Wiederum, wie schon einmal, wandte sich am Mittwoch der Staatsanwalt gegen den famosen Staatsretter. Nicht er, der Staatsanwalt, habe das Ausland mißtrauisch gemacht, sondern gerade Herr v. Gottberg, der im Scherblatt eine ganz harmlose und beiläufige Bemerkung von ihm in der unheimlichsten Weise aufgestellt und aufgebauscht habe.

So sehr der Staatsanwalt in der Sache recht hat, so zweifelhaft erscheint es uns doch, ob seine Ansichten über die Qualitäten des Gottberg zum Offiziösen bei der Regierung irgendwelche Beachtung finden werden.

Bismarck sagte einmal von seinen offiziösen Preßhandlangern: „Anständige Leute schreiben nicht für uns.“ Herr v. Weismann scheint nicht einmal Leute von den bescheidensten Fähigkeiten zu finden.

Herr v. Gottberg braucht aber deshalb noch nicht zu verzagen. Langt es bei ihm nicht einmal zum Offiziösen, so ist er vielleicht immer noch gut genug zum hohen Krupp-Beamten.

Eine Hilfsaktion für das Krupp-Geschäft.

Der Staatsanwalt begnügte sich aber nicht etwa mit der Zurückweisung der Gottbergischen Angriffe, sondern er, der doch die wichtigsten Feststellungen so entschieden als angeblich nicht zur Sache gehörig zurückgewiesen hatte, unternahm jetzt selbst eine Hilfsaktion zugunsten des Kruppischen Auslandsgeschäftes, die mit dem Gegenstand dieses Prozesses wirklich auch nicht das Allgeringste zu tun hat.

es das junkerliche Deutschland sogar an sozialpolitischen Maßnahmen überflügelt. Der Bürokratenstolz auf unseren Versicherungsapparat lindert noch nicht die Schmerzen, die trotzdem heute Hunderttausende durch Hunger, Krankheit und Arbeitslosigkeit erleiden müssen.

Geschäftspraktiken, so mag man diesem Verdacht nachgehen und die Sache untersuchen. Aber der Staatsanwalt dachte anders: Er erklärte feierlich, daß in den beschlagnahmten Briefen, die sich auf belgische Angelegenheiten bezogen hätten, nicht die geringste Andeutung von unlauteren Geschäftsmanövern enthalten gewesen sei.

Aber mehr noch. Der Staatsanwalt provozierte auch Herr v. Mehen zu einer Zeugnisaussage, daß er während seiner Tätigkeit in Belgien niemals etwas Unlauteres unternehmen habe.

Aber davon abgesehen: Vor allem verdient festgenagelt zu werden, daß Staatsanwalt und Gericht von ihrer Praxis sofort abzuweichen und auch die Erörterung nicht zur Sache gehöriger Dinge zulassen, ja, selbst veranlassen, sobald es sich um die Behandlung der Kanonenfirma Krupp handelt.

Vier Krupp-Direktoren der Mittäterschaft verdächtig.

Zur weiteren Verlauf der Mittwochsverhandlungen beschloß nach einem lebhaften Redebuell zwischen Staatsanwalt und Verteidigung der Gerichtshof, vier der als Zeugen geladenen Krupp-Direktoren wegen des Verdachts der Mittäterschaft nicht zu vereidigen.

Unverständlich bleibt nur, daß man nicht auch Bedenken trug, die Herren Mouths, Dewij und Kaufenberger zu vereidigen. Denn alle drei kannten und benutzten die Kornwalzer. Herr Mouths sagte sich ja geradezu an den Kopf ob der Indiskretionen der Kornwalzer und zweifelte nicht daran, daß die Kenntnis des Brandt nur auf hebenfälligen Indiskretionen beruhen konnte.

Nach § 56 der Strafprozeßordnung sind unbeeidelt zu vernehmen Personen, welche hauptsächlich der den Gegenstand der Untersuchung bildenden Tat als Teilnehmer, Begünstiger oder Helfer verdächtig sind.

Zimmerhin beweist der Beschluß des Gerichts, wenigstens bei vier weiteren Direktoren den Verdacht der Mittäterschaft anzunehmen, wie wenig Glauben auch das Gericht den obersten Ausreden und naiven Unschuldbetuerungen dieser Herren beimessen geneigt ist.

In Wirklichkeit freilich hätten Staatsanwalt und Gericht allem Rechtsempfinden Hohn gesprochen, wenn ihre Stellungnahme

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigten Anzeigen, je nach Art und Zweckmäßigkeit der Anzeigen 10 bis 30 Pf. für politische und gewerkschaftliche Anzeigen 10 Pf.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

und Entscheidung anders ausgefallen wäre. Denn die Belastungsmomente für die vier Direktoren wogen denn doch allzu schwer. Der Brief des Herrn v. Schöy an Herrn v. Köhler, der Brandt ein besonders nützliches Werkzeug sei, weil er so vorzügliche Nachrichten bringe, obwohl er „keine direkten Beweise“ mache, ließ sich so wenig aus der Welt schaffen, wie das Faktum, daß Herr Köhler die Schmelzergeldliquidationen des Brandt begünstigt hat. Ebendies belästigte ihn die Mitteilung Marquards, daß ihm die Kornwäger regelmäßig zugingen. Und zu allem Überflusse hatte ja auch noch Herr v. Dreyer befunden, daß er einmal besonders eindringlich über die Kornwägertätigkeit des Brandt im Hinblick auf das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb mit Herrn Köhler gesprochen habe. Solchen Tatsachen gegenüber mußten die passifischen Umschulungsbewertungen selbst eines Landrats und Krupp-Direktors außer Dienst und eines Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller federleicht wiegen.

Nicht anders lag es bei Herrn Dreyer, der sich ja selbst schwer belastet hätte, bei Herrn Neuhof, der schon am 28. März 1912 durch Dreyer von Brandts Kornwägertätigkeit unterrichtet worden war und ihm gleichwohl eine Gehaltsaufbesserung zuschickte. Und auch bei Herrn Marquard, dessen verblüffende Ausreden selbst die gutgläubigsten Richter in starris Gestalten fechten mußten. Ebendies liegt, wie der Staatsanwalt mitteilte, gegen den Herrn Marquard auch Beweismaterial vor, daß er einen sehr tiefen Einblick in das Kornwägerswesen gehabt hat. Und dabei wagte Herr Marquard zu erklären, daß ihm gar nicht zum Bewußtsein gekommen sei, daß die Brandtschen Kornwäger eine ganz besondere Spezialität der Kruppischen Geheimberichte darstellten. Gut wäre es freilich gewesen, wenn der Staatsanwalt die Verteidigung und das Gericht mit seiner Wissenschaft nicht in letzter Stunde „übertrumpelt“ hätte, — er ist doch sonst kein Freund der Ueberrumpelungen —, sondern wenn er von seinem Beweismaterial in dieser Verhandlung den gebotenen Gebrauch gemacht hätte.

Kon steht, die Kruppaktien stehen nicht allzu hoch. Es ist allerhöchste Zeit, daß Herr Otto v. Goltberg wieder sein Schlachtopfer faltet!

Die Hochfinanz als Unternehmerin.

Die Maßregelung des Bankangestellten Baron durch die Direktion der Deutschen Bank hat in Bankbeamtenkreisen eine lebhafteste Wirkung hervorgerufen. Die Bankleitungen sind davon nicht weniger als erbaunt und die Deutsche Bank sieht sich als Hauptschuldige sogar veranlaßt, eine Verurteilungsnote an ihre Beamtenchaft zu erlassen. Das um im Wortlaut vorliegende gedruckte Zirkular vom 5. November d. J. „an die Herren Beamten der Deutschen Bank“ verurteilt den Nachweis, daß Herr B. nicht gemahnt ist, sondern wegen Unfähigkeit entlassen worden ist. Aber diese Behauptung wird durch das Zirkular selbst widerlegt. Wie kam die Deutsche Bank dazu, einen Angestellten zu entlassen, der schon elf Jahre bei ihr tätig war, Weihnachtsgünstigungen und sogar außerordentliche Unterstüßungen aus einem „Wohltätigkeitsfonds“ erhielt? Beamten, die Ungenügendes leisten, gewährt man doch nicht Bezüge, die in den Augen der Direktion als „Beschenke“ angesehen werden! Selbst das Entlassungsscheibchen sagt denn auch deutlich genug: „Nichtsofortiger haben Sie... Narbe unter die Beamtenchaft gebracht...“ Erstaunt nicht der angeblich schlechten Leistungen wegen, die man erst nach 11 Jahren entdeckt hat, sondern wegen seiner Vertretung kollektiver Interessen gegenüber der Direktion ist Herr B. hinausgeworfen worden.

Das Schreiben der Direktion wird deshalb nicht, wie die Direktion glaubt, zur Veruhigung beitragen, sondern gerade das Gegenteil hervorzurufen. Ergibt sich doch aus dem Zirkular die ungeheuerliche Tatsache, daß die Bank geheime Führungszugnisse ihrer Beamten aufstellt. Jeder Beamte kann also gerätig sein, daß er plötzlich auf Grund dieser nicht kontrollierbaren Listen entlassen wird. Auch Herr B. hat man früher nichts davon gesagt, daß seine Direktoren mit ihm unzufrieden seien. Jetzt beruft man sich auf geheim gehaltene Urteile, die sich doch offenbar nicht nur auf banktechnische Leistungen, sondern auch auf das sonstige Wohlverhalten der Beamten beziehen. Gerade hierauf scheint ja die Direktion großen Wert zu legen. Schlichte sie doch ihr Schreiben folgendermaßen:

„Wir vertrauen auf den gesunden Sinn unserer Beamtenchaft, daß sie die Versuche abweist, die auf Störung von Unzufriedenheit und Verhegung gerichtet sind und deren Umschlag keine andere Folge haben konnte, als eine Störung des seither erfreulichen guten Einvernehmens zwischen den leitenden und ausführenden Organen der Bank.“

Aber diesen Worten gegenüber kann die Bankbeamtenchaft mit Recht auf die Tatsachen verweisen, auf das unästhetische System geheimer Führungszugnisse und die ungerechtfertigte Maßregelung eines Beamten, die leider zeigen, daß es der Direktion um die Anhebung, nicht aber um das Wohl ihrer Angestellten zu tun ist. Alle Bewertungen politischer Toleranz ändern nichts an diesen Zeugnissen des nackten Unternehmerstandpunktes der Deutschen Bank.

Verbot des Karfreitagkonzerts der „Freien Volksbühne“ aufgehoben!

Der Polizeipräsident v. Jagow hat auf die vom Rechtsanwalt Dr. Heinemann für die „Freie Volksbühne“ eingelegte Beschwerde gegen das am 18. März erlassene Verbot des Karfreitagkonzerts sehr unter dem 3. November aufgehoben. Der Bescheid ist auf Grund von Gutachten der königlichen Akademie der Künste und des königlichen Instituts für Kirchenmusik erlassen. Sein Inhalt geht dahin:

„Die von Ihnen namens des Vorstandes der „Freien Volksbühne“ eingelegte Beschwerde gegen meinen Bescheid vom 18. März, betreffend das Verbot des Karfreitagkonzertes in der Neuen Welt in der Hasenheide in Kreuzbän, hat zur Einholung von Gutachten der königlichen Akademie der Künste und des königlichen Akademischen Instituts für Kirchenmusik Veranlassung gegeben. Diese Gutachten sprechen sich im wesentlichen dahin aus, daß die Oratorien „Franziskus“ von Linel und „Legende von der Heiligen Elisabeth“ von Eltz, deren Aufführung am Karfreitag in der Neuen Welt verboten war, zwar nach ihrem Gesamtcharakter, insbesondere wegen der in ihnen vorkommenden Partien mehr weltlichen Charakters — der Schilderung frühlichen Lebensgenusses, von dem sich Franz von Assisi dann später abwendet, besonders der Schilderung des Gelages, sowie in der Heiligen Elisabeth der Darstellung des Aufbruches zur Jagd, des Marches der Kreuzritter usw. — sich speziell für den Karfreitag wegen der ganz besonderen Bedeutung dieses Tages nicht eignen, daß sie aber gleichwohl als „geistliche Musik“ anzusehen sind. Da nun nach § 12 der Polizeiverordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage am Karfreitag ebenso wie am Vuktag jede geistliche Musik

zugelassen ist, so läßt sich das Verbot des Herrn Polizeipräsidenten von Kreuzbän aus den von ihm angeführten Gründen nicht aufrecht erhalten.

Nach den weiteren Verbotgrund, daß die Neue Welt nicht zu denjenigen Unternehmungen gehöre, deren Zweck es ist, Darbietungen von höherem Kunstinteresse zu veranstalten, will ich mit Rücksicht auf die erneuten eingehenden Erhebungen, die ich mit Rücksicht auf die Ausführungen der Beschwerdeschrift angestellt habe, fallen lassen. Zwar bleibt die Tatsache bestehen, daß für die Neue Welt vom Stadtschauß die Erlaubnis zur Veranstaltung von Gesangsvoorträgen ohne höheres Kunstinteresse erteilt ist und daß diese Erlaubnis noch ausgedehnt wird, insbesondere anlässlich der monatlang dauernden Vokalkonzerte. Andererseits ist aber auf Grund der Darlegungen der Beschwerdeschrift und der von dem Lokalinhaber nachträglich gelieferten eingehenden Nachweise festgestellt worden, daß tatsächlich in nicht unerheblichem Umfange auch große und bedeutende Konzerte gegeben worden sind, bei denen unzweifelhaft ein höheres Kunstinteresse obwaltet. Ich habe es daher mit Billigung des Herrn Ministers des Innern und des Herrn Oberpräsidenten für angemessen gehalten, diesen letzteren Umstand bei der Frage der Zulassung der Vuktags- und Karfreitagkonzerte in entscheidender Weise zu berücksichtigen.

Demgemäß sehe ich nunmehr das für den vergangenen Karfreitag erlassene Verbot — das übrigens infolge der seinerzeit an Stelle der erwähnten Oratorien zugelassenen Aufführung der Dichtung „Die Seligkeiten“ zu einer Schädigung des Volkshors und des Lokalinhabers nicht geführt hat — hiermit außer Kraft.

(gezeichnet) Jagow.

Fast neun Monate also hat es gedauert, bis der Polizeipräsident sich vom schlecht Informierten zum besser Informierten wandeln konnte. In derselben Zeit pflegen andere Menschenländer weit größere Leistungen zu vollbringen. Wäre eine Information vor dem Verbot nicht zweckmäßiger gewesen? Für dieses Jahr ist ja doch die Abhaltung des Konzertes am Karfreitag nicht mehr möglich. Indessen — man soll mehr Freude haben über einen bekehrten Sünder als über 99 Gerechte. Hoffentlich hält die Befehlsgebung an und erstreckt sich nicht nur auf künstlerische Veranstaltungen.

Politische Ueberblick.

Es ist erreicht!

Die bayerische Königsmache ist fertig. Der bisherige Prinzregent hat gestern (Mittwoch) auf Grund der vom Landtage genehmigten Verfassungsumkantung den bisherigen geisteskranken König Otto für abgesetzt erklärt und als Ludwig III. von Gottes Gnaden den bayerischen Königsthron mit einer langen Proklamation bestiegen, die vormittags überall in München angeschlagen worden ist. Sie lautet:

Ludwig III. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf der Rhein, Herzog von Bayern, Franken und Schwaben usw. Bayerns Herrscherhaus und Volk empfinden seit mehr als 27 Jahren mit tiefer Betrübnis, daß Seine Majestät König Otto durch schwere Krankheit an der Regierung verhindert ist. Die Art des Leidens, von dem unser vielgeliebter Herr Vater seit vielen Jahren befallen ist, schließt jede Möglichkeit einer Besserung aus. Die erste Sorge um das Wohl des Landes hat uns zu diesem schweren Entschluß bestimmt, auf Grund der Verfassung die Regentschaft für beendet und den Thron als erledigt zu erklären. Hiermit ist die Thronfolge eröffnet und die Krone des Königreichs Bayern uns als dem Nächstererufenen nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linearen Erbfolge zugefallen. Wir haben daher als König die Regierung des Landes angetreten und von dem uns von Gottes Gnaden zukommenden königlichen Rechte vollen Besitz ergriffen. Den in der Verfassungsurkunde bestimmten Eid werden wir in Gegenwart der Staatsminister, der Mitglieder des Staatsrates und der Abordnung der beiden Kammern des Landtags abtadeln leisten.

Von dem verfassungsmäßigen Rechte, die während der Reichsverwesung vollzogenen Befehle erteilte Kommandos zu widerrufen, machen wir keinen Gebrauch, vielmehr verleißen wir allen Ernennungen von Beamten während der Regentschaft hiermit unsere königliche Bestätigung. Wir beordern, daß sämtliche Stellen und Behörden im Königreich die amtlichen Bescheide von nun an in unserem königlichen Namen ausfertigen und halten uns ganz versichert, daß unsere Beamten getreulich, wie bisher, ihre Aufgaben wahrnehmen werden.

Unserem Heere entbieten wir unseren königlichen Gruß in der festen Ueberzeugung, daß es in unerschütterlicher Treue und erprobter Tapferkeit allzeit zu seinem obersten Kriegsherrn stehen wird.

Zu allen Angehörigen unserer Erblande vertrauen wir, daß sie uns in unwandelbarer Treue anhängen und alle Pflichten gegen uns als ihren rechtmäßig angestammten Landesherren und von Gott gesetzten König erfüllen, wogegen wir sie unserer kühnsten Gesinnung versichern. Das bayerische Volk hat von jeher seinem Königshause, das mit ihm durch ein geheiligtes Treueverhältnis verbunden ist, hingebende Anhänglichkeit bewiesen. Wir erwidern darin eine sichere Gewähr, daß die Liebe des Volkes, die wir als ein kostbares Kleinod von unseren Vorfahren übernommen haben, auch fernerhin unser Wirken geleiten werde, das auf das Wohl des geliebten Vaterlandes, auf sein Blühen und Gedeihen gerichtet ist.

In gläubigem Aufblick zu Gott, dessen gnädige Hand Bayern bisher geführt hat, erleschen wir des Allmächtigen Segen und Beistand.

Gegeben in unserer Haupt- und Residenzstadt

München, den 5. November 1918.

Gegengezeichnet: Dr. Frhr. v. Hertling, Dr. Frhr. von Soden, Kronhofen, v. Heilmann, v. Dreunig, v. Seidlein, Dr. v. Aniling, Frhr. v. Arzh.

Auf allerhöchsten Befehl der Ministerialrat im königlichen Staatsministerium des Innern Ansginger.

Zugleich wurde diese Proklamation in der bayerischen Abgeordnetenkammer verlesen zusammen mit einem fogen „allerhöchsten“ Schreiben an die Kammer.

Ueber die ärztlichen Gutachten bezüglich der Geisteskrankheit des Königs Otto will die Kammer morgen beraten.

Die Rüstungskommission.

Wie mitgeteilt wird, soll die Kommission von Reichstagsabgeordneten und Regierungsvertretern, deren Einsetzung der Reichstag in seiner Sitzung vom 23. April dieses Jahres forderte, um

eine Prüfung der Rüstungslieferungen vorzunehmen, am 14. November, vormittags 10 Uhr im Reichstagsgebäude zusammentreten. Die Regierung sagt die Aufgabe der Kommission so auf: Sie soll die bisherige Entwicklung der Grundzüge und Methoden für die Rüstungslieferungen an Meer und Marine in ihrem Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung klarstellen und die Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen Praxis unter vergleichender Betrachtung ähnlicher Staats- oder privater Großbetriebe des In- und Auslandes einer Untersuchung unterziehen. Zu diesem Zwecke sollen von der Kommission auf Grund einleitender Vorträge allgemeineren Inhalts nach einem im einzelnen noch festzusetzenden Arbeitsprogramm Sachverständige im kontrastischen Verfahren benommen werden.

Wo liegt die Schuld?

In der freisinnigen Presse veröffentlicht ein Mitglied der Reichsenquête-Kommission eine kurze Uebersicht über die Arbeiten dieser Kommission. Nach dieser Darstellung hat die Untersuchung ergeben, daß die Viehzüchter, Händler und Fleischer obergar die Kommunen als Viehhofbesitzer an der Fleischsteuerung nicht schuld sind. In der Preisbildung auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten liege kein Faktor, der sich bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ausschalten ließe oder dem die Ursachen an der Steuerung zugeschrieben seien. Gegenüber den Ursachen der Agrarier und auch der Regierung, die Händler und Landfleischler als die alleinigen Sündenböcke vorzuschicken, kommt diesen Feststellungen der Kommission immerhin ein gewisser Wert zu. Mit Recht betont das Kommissionsmitglied jedoch, daß dieses rein negative Resultat sich ergeben mußte, weil die Frage nach den wahren Ursachen der Fleischsteuerung und den geeigneten Mitteln zu ihrer Behebung von vornherein ausgeschlossen wurde. Die Kommission durfte sich nur mit den Einzelheiten der Preisbildung im inländischen Verkehr beschäftigen. Der preisbestimmende Hauptfaktor, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, war von der Beratung ausgeschlossen. Die ungenügende Viehhaltung im Inlande, die Absperzung der Grenzen gegen die Einfuhr ausländischen Fleisches müssen bei wachsender Bevölkerung und steigendem Bedarf zu der Höhe der Fleischsteuerung führen, die für die breiten Massen das Fleischnahrungsmittel zu einem unerwünschten Luxus- und Genussmittel gemacht haben. Erst der Bruch mit der agrarischen Hochschutzzollpolitik kann da Abhilfe bringen. Vor dieser wichtigen Erkenntnis hat die Kommission absichtlich ihre Augen verschlossen.

Drohung gegen die Dänen.

Bei dem Abschiedessen für den Lorden Dryander in Hadersleben, der in das preussische Ministerium des Innern berufen wurde, hielt der Regierungspräsident von Schleswig eine Rede, in der er direkt mit Ausnahmemaßregeln gegen die Dänen drohte. Nach Ansicht des Regierungspräsidenten ist die Agitation der Dänen so zügellos geworden, daß ihre Einschränkung im Interesse des Deutschen eine unabwendbare Notwendigkeit ist. Mit dem Optantenvertrag sei den Dänen ein ganz besonderer Vertrauensbeweis gegeben worden. Die Absicht der Regierung sei aber nicht gewesen, Reichsfeinden ein Heim zu schaffen, vielmehr glaubte man, daß die Naturalisierter sich ruhig verhalten würden. Diese Erwartungen seien getäuscht worden. Die Agitation sei im Gegenteil schroffer und schärfer als je. Deshalb bleibe nur der Ausweg scharfer Gegenmaßnahmen übrig.

Eine Bauernrevolte

ist in dem Dorfe Nieder-Salzhorn bei Waldenburg in Schlesien ausgebrochen. Seit einigen Tagen herrscht in einigen Gehöften die Poul- und Klauenpeste. Der Regierungspräsident hat deshalb bereits in mehreren Fällen angeordnet, daß das kranke Vieh abgeschlachtet werden soll. Das ist bereits auf elf Gehöften geschehen. In Gegenwart der Behörde und der Tierärzte wurde das kranke Vieh sofort getötet, das gesunde aber zum Verkauf freigegeben. Diese raschgeschlachten Tiere wurden im Handumdrehen zum Spekulationsobjekt. Die Händler kauften das freigegebene Vieh zu Spottpreisen auf, um es nachher zu hohen Preisen an die Metzger weiterzugeben. Schon darüber waren die Landwirte sehr erregt und es kam mit den Händlern zu lebhaften Auseinandersetzungen, als ihre Manipulationen bekannt wurden. Die Erregung erreichte aber am Montag ihren Höhepunkt, als auf Anordnung des Regierungspräsidenten wiederum mit der sofortigen Tötung von 18 Rindern und 85 Schweinen auf drei Gehöften begonnen werden sollte. Die Bauern drängten die Beamten hinaus und besperrten die Häuser und Ställe. Die Bevölkerung nahm für die Landleute Partei, und unter großem Hallo mußten die Beamten, Ärzte und Händler trotz polizeilicher Unterstützung abziehen. Bis zur Stunde sind weitere Maßnahmen nicht angeordnet. Im allgemeinen hält man die Anordnung des Regierungspräsidenten für zu hart. Die Bauern sind der Meinung, daß das kranke Vieh durch strengere Isolierungsmaßnahmen doch vielleicht hätte gerettet werden können.

Die Behörden sowohl wie die betroffenen Landwirte haben die Hilfe des Landwirtschaftsministers angerufen.

Nationalliberale für ein Zuchtthausgeß.

Der Landesausschuß der Nationalliberalen für Thüringen wie auch der für Hessen-Kassau befaßten sich dieser Tage mit der Frage eines größeren Schutzes der Arbeitswilligen. In beiden Versammlungen erklärte man sich für diesen Schutz.

Die medlenburgische Verfassungsfrage vor dem Reichstage.

Die liberalen medlenburgischen Reichstagsabgeordneten werden im Reichstag mit Unterstützung ihrer Fraktionen eine Interpellation über die medlenburgische Verfassungsfrage einbringen.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Androhung des Ultimatum.

Mexiko, 5. November. Obwohl die Regierung in Washington Querta keine genaue Formulierung ihrer Wünsche unterbreitet hat, so wird doch erklärt, daß die Einsetzung einer provisorischen Regierung von Wilson und Bryan als mögliche Lösung betrachtet wird. In diesem Falle würden die Amerikaner in der Kommission, welche die Regierung vorläufig übernehmen würde, in starker Zahl vertreten sein.

Gestern Abend fand im Palast eine Unterredung statt betreffend die von Washington aus gestellte Forderung des Rücktritts Quertas. Querta beharrte jedoch in zurückhaltender Verschlossenheit. Die Freunde Quertas äußerten sich zu der Washingtoner Mitteilung, daß sie diese Mitteilung praktisch als einen Befehl anfähen.

Das Memorandum des Präsidenten Wilson sagt: Wenn Querta nicht unverzüglich zurücktritt und darnach sich der Leitung der Geschäfte und der Bildung einer neuen Regierung enthält, wird Wilson ein Ultimatum stellen. Die Ablehnung dieses Ultimatum würde Wilson veranlassen, an dem Kongreß das Ersuchen zu richten, ihn zur Ergreifung strengerer Maßnahmen zu ermächtigen.

Paris, 5. November. In hiesigen unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß die Vereinigten Staaten drei mexikanische Hafenstädte bezeichnen werden als Zwangsmahregel gegen Huerta.

Die Balkanfragen.

Athen, 5. November. Die Antwortnote der griechischen Regierung auf die Note Italiens und Oesterreich-Ungarns erhebt in Erwiderung auf den Vorwurf, Griechenland schütze die Bevölkerung der besetzten Gebiete ein und intrigiere gegen die Arbeit der Internationalen Grenzkommission für Südbalkanien, die Anklage partiell und inkorrekten Vorgehens gegen einige Mitglieder dieser Kommission und ihre Begleitung. Zum Schluß lehnt die griechische Regierung jede Verantwortlichkeit ab für den Fall, daß die Arbeiten der Kommission nicht bis zum 30. November beendet sein sollten.

Oesterreich-Ungarn.

Neue Tumulte im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 5. November. Abgeordnetenhaus. Die Opposition veranstaltete auch heute im Zusammenhang mit der Spielbankangelegenheit gegen Schluß der Sitzung Lärmereien. Der Oppositionelle Dufar beantragte, morgen die Spielbankangelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen. Während dieser Rede warf der Abgeordnete Siegmund Eimer ein Paket Spielkarten auf den Tisch des Hauses und wurde wegen Verletzung der Würde des Hauses an den Mißbilligungsausschuß verwiesen. Als Dufar seine Rede über Gebühr ausdehnte, und ihm der Präsident das Wort entzog, verließ die gesamte Opposition das Haus.

Obstruktion.

Wien, 5. November. Abgeordnetenhaus. Die ganze heutige Sitzung, in der über die Branntweinsteuer beraten werden sollte, wurde durch eine fünfstündige Obstruktion des russischen Minoritätsberichterstatters Golabowitsch ausgefüllt. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Frankreich.

Verhandlungen mit Rußland.

Paris, 5. November. Der „Petit Parisien“ schreibt anläßlich der Ankunft des russischen Ministerpräsidenten Kologzew: Der russische Ministerpräsident wird mit den französischen Staatsmännern eine Unterredung von höchster Wichtigkeit haben. Es handelt sich darum, die neuen französischen und russischen Militärmahnahmen in Einklang zu bringen. So bemüht sich die russische Regierung, ihre strategischen Schienenwege im Westen, die als sehr unzureichend angesehen werden, auszugleichen. Es handelt sich ferner darum, die Politik der beiden Länder Griechenland gegenüber in Einklang zu bringen. Die Inselfrage wird sich von einem Tage zum anderen in noch dringlicherer Weise geltend machen als die albanische. Schließlich wird auch die kleinasiatische Frage mit allen ihren Folgen erörtert werden.

Belgien.

Eine Massendemonstration der Brüsseler Arbeiter.

Brüssel, 4. November. (Fig. Ver.) Bierzehn Tage, seit Beginn der Kammeression, dauert bereits das Gesecht zwischen den Linksparteien — Sozialisten und Liberalen — und den Merkmalen in der Schulfage. Es ist der dritte Angriff auf die Schule, zu dem die Merkmalen seit sie an der Regierung sind, ausfallen. Dieser dritte Angriff — bekanntlich wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken — übertrifft weit die beiden ersten: er soll die kirchliche Herrschaft in der Schule vollenden und zu diesem Zweck sollen Staat und Volk bluten. Die Merkmalen geben vor, daß das Land ihr Schulprojekt, dem sie größtenteils die Scheinhülle des Zwangsunterrichts leihen, gutheiße, daß sich zum mindesten kein Widerstand bemerkbar mache. Die Herrschaften meinen wohl, daß die Arbeiterpartei für jede kirchliche Schandtat eine kleine Revolution oder wenigstens einen Generalfreitag in den Schulen — damit ihnen mit dem Ertrag ihrer parlamentarischen Vorarbeiten auch gleich womöglich einige Blutige mit in den Schoß fallen. ... Der friedliche Protest, der sich seit Monaten in der Arbeiterpartei und im Bürgerum kundgibt und der nun in noch intensiveren Formen die Schuldebatte begleitet, zählt nicht und wiegt nicht bei den Merkmalen.

Den Protestkundgebungen und Meetings der letzten Wochen reihte gestern die Brüsseler Föderation eine Straßenkundgebung an, die an Eindruck und Umfang den besten Veranstaltungen des opferwilligen Brüsseler Proletariats gleichkam. Der Zug formierte sich in den Nebenstraßen und vor dem „Maison du Peuple“ und zog dann den gewohnten Weg durch die innere Stadt. Den ganzen Weg spielten die Arbeiterpartei Marsche und revolutionäre Lieder, in die der Gesang und die Rufe der Massen hineintönten. Im Fackelschein lafen die Tausende der Spalier bildenden die Standarden und Transparente, die in kräftigen und plastischen Sprüchen das Urteil des Volkes über das kirchliche Schulgesetz, die Ambitionen des Klerus und der päpstlichen Regierung zusammenfaßten. Ein und eine halbe Stunde stand die Stadt im Bann des dahinschreitenden Zuges, der das gewohnte Bild malerisch-bunten Reizes, erhöht noch durch das große Aufgebot von Fackeln, hat: was sich gleichzeitig als symbolische Demonstration des Lichts gegen die Finsternis anlehnt. ...

Zum Schluß lehrten die Demonstranten wieder zum Volkshaus zurück, wo vom Balkon herunter die Genossen Warters- und Banderelle Wesen und Absichten des kirchlichen Schulgesetzes reformierten und die Arbeiter anriefen, den drohenden Folgen der kirchlichen Schulpolitik ihre ganze Energie entgegenzusetzen. Die dichtgedrängten Massen gaben begeistert ihre Zustimmung. Was nicht hindert, daß in der nächsten Kammeression die Regierung und ihre Sprecher erklären werden, daß das „Land“ ihr ungeheuerliches Schulprojekt billigt.

England.

Die Gemeindevahlen.

London, 3. November. (Fig. Ver.) In den englischen Gemeindevahlen, die am 1. November stattfanden, haben die Sozialisten und Arbeiterpartei schöne Siege errungen. Es handelte sich um die Wahl des Drittels der Gemeinderäte in England und Wales, das jedes Jahr ausfällt. Wahlberechtigt sind ziemlich dieselben Personen, die das parlamentarische Wahlrecht haben, doch darf bei den Gemeindevahlen auch eine beschränkte Anzahl Frauen wählen. In London wurde in diesem Jahre nicht gewählt; hier werden die Gemeindevertretungen alle drei Jahre gewählt. Das wichtigste Ergebnis der vorgenommenen Wahlen ist der als ändernde Sieg der Arbeitervertreter, die als Arbeiterpartei oder Sozialisten kandidierten. Das Gesamtergebnis läßt sich stets nur schwer und erst lange nach den Wahlen genau feststellen, doch die vorliegenden Resultate

lassen keinen Zweifel an dem großen Vorstoß der organisierten Arbeiterschaft in den englischen Gemeindevertretungen aufkommen. Insgesamt verloren die Liberalen 49 Sitze und gewannen 41; die Konservativen verloren 62 und gewannen 48; Arbeiterpartei und Sozialisten aber verloren nur 14 und gewannen 53 Sitze. Viele dieser Siege wurden über den bürgerlichen Mißmut der Liberalen und Konservativen errungen, die sich immer häufiger bei Gemeindevratswahlen zusammenfinden. Besonders erfolgreich waren die Arbeiterkandidaten in den großen Industriestädten des Nordens. In der sozialistischen Hochburg Bradford gelang es den Genossen, ihre schon städtische Vertretung um drei weitere Mandate im Gemeinderat zu vermehren. In Wigan haben die Arbeiterpartei den Konservativen 5 Mandate abgenommen. In Barrow, Leeds und Middlesbrough gewann die Arbeiterpartei je 3 Mandate. In Stockton-on-Tees, wo wegen der Erweiterung der Gemeindegrenzen eine allgemeine Wahl stattfand, nahmen die Sozialisten den Liberalen zwei Mandate ab und ein weiterer Arbeiterpartei wurde gewählt.

Eine der interessantesten Wahlen fand in dem alten historischen York statt. Hier hatten die Liberalen mit den Arbeitervertretern bisher die Mehrheit. In diesem Jahre war nun beschlossen worden, den Genossen Hartley, der seit fünfzehn Jahren Ratsherr (alderman) der Stadt ist, zum Oberbürgermeister zu wählen. Hartley ist ein Rangierer an der Eisenbahn und ein tätiger sozialdemokratischer Agitator, der sein Licht nicht unter dem Scheffel verbirgt. Den behäbigen Patriarchen der Stadt wollte die Wahl des Arbeiters gar nicht gefallen. Sie wünschten sich einen Oberbürgermeister, wie sie ihn stets gehabt: einen reichen Mann, der Geld spendieren kann. Bald nachdem die Absicht der Mehrheit des Gemeinderats bekannt wurde, setzte die Deke gegen den künftigen Oberbürgermeister ein, der dem Kampfe nicht aus dem Wege ging. Vor einigen Tagen schlug er in Bradford dem Hah den Boden aus. Der Ratsherr von York war von den Bradford Genossen eingeladen worden, ihnen im Wahlkampf beizustehen. In einer Wählerversammlung führte er daraufhin aus, daß es ihm sonderbar vorkomme, daß die Stadt Bradford, die Hochburg des Sozialismus, deren Gemeindepolitik für das gesamte Land ein leuchtendes Beispiel sei, noch einem Vertreter des schläfrigen York gewählt habe. Man habe ihn zum künftigen Oberbürgermeister von York bestimmt, aber wenn die Leute glaubten, daß er seiner Klasse untreu werden würde, wenn man ihn mit Frau und Kindern in die prächtige Residenz des Oberbürgermeisters schickte, so irrten sie sich: er lasse sich keinen Maulkorb anlegen. Diese freimütige Rede entfachte die Wut der Yorker Reaktionsäre, und die Wahl oder Nichtwahl des Sozialisten zum Oberbürgermeister wurde zur Hauptfrage der Wahlbewegung. Die Wahl fiel so aus, wie Wahlen gewöhnlich ausfallen pflegen, wenn feindliche Prinzipien hart aufeinander stoßen: die weichgeottene Mittelpartei wurde zerquetscht. Fünf Gemeindevorteiler, die alle der liberalen Partei angehörten, mußten sich der Neuwahl unterziehen. Sie wurden alle geschlagen; vier Mandate wurden von den Konservativen und eins von der Arbeiterpartei erobert. Nun haben die Konservativen eine Mehrheit im Stadtrat, und York wird noch ein Weiches warten müssen, ehe es seinen verdientvollen sozialdemokratischen Stadtrat zum Oberbürgermeister machen kann. Die Gemeindevorteiler dieses Jahres bedeuten einen entschiedenen Aufbruch nach links zur selbständigen Arbeiterpolitik und zum Sozialismus und sind wohl die beste Widerlegung der Mär, daß sich die englische Arbeiterschaft in steigendem Maße der Politik abwende.

China.

Ein Gewaltstreik gegen die Opposition.

Peking, 5. November. (Nachung des Reuterschen Bureaus.) Die Regierung hat ein Manifest erlassen, durch das die Suomin-giangpartei, die Opposition des Südens, aufgelöst wird und die Sitze ihrer Mitglieder im Parlament für erledigt erklärt werden. Das Manifest begründet diese Maßnahme sehr ausführlich damit, daß der Aufbruch und die fortgesetzte Opposition gegenüber der Regierung jeden Fortschritt aufhalte. Das Manifest hat zwar Aufregung verursacht, doch hat die Regierung, wie der Korrespondent des Reuterschen Bureaus an amtlicher Stelle erzählt, entsprechende militärische Maßnahmen getroffen, ehe sie das Manifest erließ, so daß sie keine Unruhen befürchtete.

Rußlands Protektorat über die Mongolei.

Peking, 5. November. Das russisch-chinesische Abkommen über die äußere Mongolei ist heute unterzeichnet worden. In diesem wird die Autonomie der äußeren Mongolei unter der Suzeränität Chinas anerkannt. China verzichtet auf das Recht, Truppen nach der äußeren Mongolei zu entsenden, eine chinesische Verwaltung dort zu unterhalten, Kolonien zu gründen und sich in kommerzielle oder industrielle Fragen einzumischen.

Amerika.

Eine schwere Niederlage Tammany Halls.

New York, 5. November. Nach einem beispiellos heftigen Wahlkampf hat Tammany Hall, die korrupte „demokratische“ Parteioorganisation von New York, eine schwere Niederlage erlitten und ist vollständig geschlagen worden. Bei den gestrigen Wahlen für die New Yorker Staats-Legislatur wurde der gegenwärtige Chef des New Yorker Zollamtes, Ritchie, der für das Bürgermeisteramt kandidierte, sowie der abgesetzte Gouverneur von Albany, Sulzer, der sich als Kandidat für die Staats-Assembly aufstellte, und eine Reihe anderer Anti-Tammany-Kandidaten mit großen Mehrheiten gewählt. Ritchie hat eine Majorität von mehr als 100 000 Stimmen erlangt. Tammany verlor auch die Majorität in der Staatslegislatur, wo bereits 85 Republikaner, 48 Demokraten und 5 Progressisten gewählt sind. Das Ergebnis aus 12 Distrikten fehlt noch. Außer in Massachusetts und Virginien wurde auch in New Jersey ein demokratischer Gouverneur gewählt, dessen Kandidatur energisch von Wilson und Bryan unterstützt wurde.

Demokratische Wahlerfolge.

New York, 5. November. (W. L. B.) Während Tammany in New York eine vernichtende Niederlage erlitten hat, sind an anderen Orten die Demokraten im allgemeinen erfolgreich gewesen. Präsident Wilson ist besonders befriedigt über das entscheidende Ergebnis in New Jersey, das er als eine Bestätigung seiner Politik durch seinen eigenen Staat betrachtet. Staatssekretär Bryan erklärte, die Ergebnisse der Wahlen seien eine Bestätigung der Politik des Präsidenten.

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

Eine der furchtbaren Verkehrskatastrophen, die sich seit langen Jahren in Frankreich zugetragen haben, hat sich in der Nacht zum Mittwoch auf dem Bahnhof Melun abgespielt. Dicht vor der Einfahrt zum Bahnhof fuhr gegen 11 Uhr abends der Postzug Paris—Marseille mit einer Geschwindigkeit von 40 Kilometern einem in voller Fahrt befindlichen Schnellzuge Nizza—Paris schräg in die Flanke. Die Wirkung des ungeheuren Zusammenstoßes war um so entsetzlicher, als die Trümmer beider Züge

in Brand gerieten.

Die mit dem Leben davongekommenen Passagiere ließen zunächst die Hilferufe der in den brennenden Trümmern eingeklemmten Verwundeten unbeachtet und liefen, von panischem Schrecken ergriffen, davon. Den zur Rettung herbeigeeilten Bahnhofsbearbten, der Feuerwehr und dem requirierten Militär bot sich ein wüstes Durcheinander. Nach stundenlangen Mühen und Bergungsarbeiten wurden 20 Tote und zahlreiche Verwundete geborgen; doch wird die Gesamtzahl der Toten auf etwa 50 geschätzt. Ueber die Einzelheiten des schmerzlichen Unglücks berichten folgende Telegramme:

Melun, 5. November. Die Unglücksstelle bietet ein schreckliches Anbild. Die Gaslaternen, die an beiden Seiten der Wöschung standen, sind ausgegangen und die Unglücksstelle wird nur von dem roten Schein der Fackeln der Feuerwehler erleuchtet und inmitten des Wirrwarrs von Menschen qualmt ein riesiger Trümmerhaufen, die brennenden Wagen der beiden verunglückten Züge. An der Unglücksstelle selbst herrscht ein entsetzliches Durcheinander. Feuerwehrleute, Eisenbahnbeamte, Militär und überlebende Passagiere machen verzweifelte Anstrengungen zur Rettung der unter den Trümmern Begrabenen, angepornt durch die hellenden Hilferufe der Angehörigen der Opfer umher. Frauen jammern, Kinder weinen. Männer spornen die Helfer zu unermüdlicher Arbeit an. Aus den unentwirrbaren Trümmern ragen ab und zu verbrannte menschliche Glieder hervor.

Melun, 5. November. Das Eisenbahnunglück wird auf Fahrlässigkeit des Lokomotivführers des Schnellzuges, Dumoine, zurückgeführt, der den von Marseille mit einer Fahrgewindigkeit von 90 Kilometer in der Stunde kommenden Zug, trotzdem die Signale ihm die Durchfahrt durch Melun nicht freigegeben hatten, auf das Gleis fahren ließ, auf dem der Postzug ankam.

Bis um Mitternacht waren dreizehn Leichen geborgen und vierzehn Verletzte ins Hospital geschafft worden. Um 2½ Uhr traf der Handelsminister an der Unglücksstelle ein. Um 3 Uhr waren noch zwei verbliebene Leichen unter den Trümmern herbeigezogen worden. Die Flammen waren erloschen, so daß

vollständige Finsternis

herrschte. Die Verwirrung war unbeschreiblich. Eine junge Frau war unter den Tender der Lokomotive des Schnellzuges geraten, sie hatte das Bewußtsein nicht verloren und tief verzweifelt um Hilfe. Ihr Gatte, ein Hauptmann der Infanterie, starb im Hospital. Ein Postbeamter sagte aus, daß der Zug bei dem Zusammenstoß eine Geschwindigkeit von 40 Kilometer hatte, als der Wagen, in dem er sich befand, zerstört wurde. Er sah Menschen wie wahnstinnig davonschlingen, dann hörte er zwei Explosionen. Er glaubt, daß etwa zwanzig seiner Kameraden getötet sind. Neun Leichen sind noch nicht erkannt. Der Zugführer Dumoine ist leicht am Kopf verletzt; er behauptet, das Signal habe auf Frei gestanden. Der Feizer blieb unverletzt.

Melun, 5. November. Bei der Maschine des verunglückten Schnellzuges wurden noch vier Leichen geborgen, die so verfault sind, daß sie fast unkenntlich sind. Die Untersuchung ist im Gange. Es wurde festgestellt, daß die Weichen und Signalweichen vollkommen funktionierten. Der verhaftete Zugführer erklärte, ihm habe geschienen, als ob er freie Fahrt habe; er habe den Zug erst gesehen, als das Unglück unvermeidlich gewesen sei. Unter den Trümmern liegen noch zwanzig Leichen. Die Verletzten haben außer anderen Verletzungen alle schwere Brandwunden erlitten. Die unter dem Tender eingeklemmte Frau starb um 5 Uhr früh, nachdem sie acht Stunden in ihrer schrecklichen Lage, ohne das Bewußtsein zu verlieren, zugebracht hatte.

Paris, 5. November. Es scheint, daß die Mehrzahl der Verunglückten Postbeamte sind. In den beiden Postwagen des überannten Postzuges befanden sich 21 Postbeamte, die sämtlich verschwunden sind. Man hält es zwar für möglich, daß einige von ihnen, von panischem Schrecken erfaßt, geflüchtet sind, fürchtet jedoch, daß die meisten von ihnen den Verbrennungstod erlitten haben. Unter den Verletzten wird ein Hamburger, namens Ray Aberbach, aufgeführt. In dem Marseille Expresszuge befanden sich zahlreiche holländische Reisende, die meist nur unbedeutende Quetschungen durch herabstürzende Gepäckstücke erlitten haben.

Noch eine Eisenbahnkatastrophe.

Fast gleichzeitig mit dem entsetzlichen Unglück in Melun hat sich auf der russischen Eisenbahnlinie Moskau—Kasan ein anderes schweres Verkehrsunfall zugetragen. Wie ein Telegramm aus Moskau meldet, entgleiste in der Nacht zum Mittwoch ein von Nischny-Nowgorod nach Penza fahrender Personenzug. 14 Personen wurden getötet und 15 schwer verletzt. Es liegt der Verdacht vor, daß das Unglück in böswilliger Absicht herbeigeführt wurde.

Zusammenstoß zweier belgischer Güterzüge.

Brüssel, 5. November. Heute nacht hat auf dem Eisenbahnnotenpunkt Chénée bei Lüttich ein Zusammenstoß zweier Güterzüge stattgefunden, wobei drei Personen getötet und mehrere verletzt worden sind.

Letzte Nachrichten.

Amnestie des neuen Bayernkönigs.

München, 5. November. (W. L. B.) König Ludwig hat aus Anlaß seiner Proklamierung eine umfangreiche Amnestie verhängt. Neben zahlreichen Straferlassen wird u. a. angeordnet, daß Verurteilte über Verurteilungen wegen Vergehens und Uebertretung im Strafregister und in den militärischen Akten und Papieren gelöscht werden, wenn sich der Verurteilte längere Zeit gut geführt hat.

„Runter!“

das ist die Devise, mit der jetzt unsere Preise festgelegt werden, und die nebenstehenden Beispiele können Ihnen das Ergebnis recht gut illustrieren

Und beim Besorgen Ihres Mantels bedenken Sie wohl, dass Sie bei uns für einen Paletot aus gutem Stoff (voll geschnitten) mit durchaus moderner, eleg. Verarbeitung jetzt nicht mehr als

18 Mark

zu zahlen brauchen!



Aus vorzügl. Ware in schönen grünen, braunen u. blauen Farbtönen verarbeitet, mit sehr fech durchgeführtem Cutaway-Schnitt, modern durch schnittener Passe die hübschen Schlösser mit Samt einlage verziert, ist dieser Paletot kaum zu duplizieren für seinen niedr. Preis von **19.50**

In diesem Paletot feiert unsere Leistungsfähigkeit ihr schönst. Erfolg. Er ist streng modern im Schnitt, aus gutem einfarb. Stoff in braun u. grün. Farbtönen, ein schön. Astrach.-Krag., sehr aparte Schlösser, bequeme Taschen, machen ihn um so begehrenswert. Sein Preis wird Ihnen Erstaun. abring. **12.75**

Der elegante Mantel für Theater und Bälle aus garantiert vorzüglichem Velours du Nord, besonders effektiv durch die schöne Linie seines Schals und die reiche hochmoderne Kordel- und Tressengarnierung **47.50**

Dies ist ein Paletot in sehr hübschen bräunlich. Tönen aus sehr guter Diagonalware. Ausser der sehr ansprechenden Vorderansicht ist auch der Rücken mit mod. Gürtel mit Samtpaspel versehen. Der Mantel wird als aparte Form gerne gekauft, um so mehr als er vorzügl. verarb. ist **16.75**



Königstr. 33 Chausseestr. 113

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Heute, Mittwoch, verlor am Herzschlag unser langjähriges Vorstandsmittglied, der Zeitungspediteur
Hermann Werner
im 55. Lebensjahre. 206/16
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Frankfurter Viertel, Bez. 384 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler
Georg Hirsch
(Barnimstr. 13)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 7. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenfelden aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
218/7 Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufs-Deutsche.
Geschäftsstelle Groß-Berlin, Bezirk Osten.
Am Dienstag, den 4. November, verlor unser Mitglied, Kollege
Georg Hirsch.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weihenfelden, Rallenberger Straße, aus statt.
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung!
153/7
Die Geschäftsstellenverwaltung.

Gesangverein „Becherklang“.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Sangesbruder
Alfred Hahn
am Sonntag, den 2. November, plötzlich an Herzschlag gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
60/6

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Alfred Hahn
am 2. d. Mts. im Alter von 22 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Hermann Zabel
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bethemann-Kirchhofes, Nieder-Schönhaufen, aus statt.
69/5 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 3. November starb unser Mitglied, der Maurer
Wilhelm Fix
(Bezirk Neukölln).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
146/9 Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur gefälligen Nachricht, daß unser Kollege
Josef Kerber
(Einwärts-Bureauarbeiter) an Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt heute Donnerstag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Am 3. November verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Freund und Kollege
Wilhelm Schröder.
Wir verlieren in ihm einen treuen und selbstlosen Kameraden, dessen viel zu früher Tod uns allen tiefsten Schmerzes bereitet hat. Wir werden ihm stets ein liebevolles Andenken bewahren.
Sozialdemokratisches Pressebureau
Partei-Korrespondenz
Partei-Archiv.
Die Einäscherung findet am Freitagnachmittag im Krematorium zu Hamburg statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied
Georg Wutz
Kagarettbühstr. 52, am 3. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Der starb unser Mitglied, der Schloffer
Paul Granis
Georgstr. 21, am 3. d. M. an Wasserkrampf.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Seestraße aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwarnt!
129/4 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Herrenhofsneider
Franz Klups
am 3. November im Alter von 33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des St. Michaels-Kirchhofes, Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
164/20 Die Ortsverwaltung.

Am 4. November verschied nach schwerem Leiden mein innigstgeliebter, guter Mann, der Tischler
Wilhelm Klimm
im 50. Lebensjahre. 286/5
Beerdigung: Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr von der Halle des Städtischen Friedhofes, Bergstraße, aus.
Die trauernde Gattin
Paula Klimm, geb. Schiller,
Stegly, Rieler Str. 3.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zastische Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Klimm
Stegly, Rieler Str. 3, im Alter von 49 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in der Bergstraße aus statt.
01/10 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die herrliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Seters sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Hartung, dem Kaufhaus „Kimbalema“ sowie den Mietern von Antonstraße 34 meinen herzlichsten Dank.
79/1
Minna Schreiber
nebst Tochter.
Metallbetten,
Holzrahmenmattressen, Kinderbetten billigst an Privat. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Sozialdemokratischer Wahlverein Wilmersdorf.
Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am 3. d. Mts. unser Genosse, der Schriftsteller
Wilhelm Schröder
durch den Tod entzogen wurde.
Wir verlieren in dem Bestorbenden, der einige Jahre das Amt des ersten Vorsitzenden bekleidete, einen eifrigen Kampfgenosse und edlen Menschen, der auch im Stadtparlament unermüdet und vorbildlich für unsere großen Ideen gestritten hat.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag im Krematorium zu Hamburg statt.
Der Vorstand.

Stepndeden
größte Auswahl, billigst; auch Anarbeiten alter Steppdecken.
Fabrik Berlin,
Wallstr. 72, zwischen Hof- u. Jülicher.

Spezialarzt
f. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden jeder Art, Ehrlich Gats - Kuren in u. Co. fong. Laborat. 1 Blut-untersuchung. Haben i. Darm- u. Genese-Genese.
Friedrichstr. 81, Panoptikum.
Eyt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 9. November, in den Industrie-Festjalen, Reuthstr. 19-20:
Luftiger Dichter-Abend.
u. c.: Rezitationen mit Vorführung von Lichtbildern:
Wilhelm Busch: „Mag und Rotz“.
Mitwirkende:
Frau Helene Lachmansk-Schau mit eigener Begleitung am Klavier;
Herr Richard Goltz, Frankfurt a. M., Rezitationen.
Billets sind in der Schule, Grenadierstr. 37, in den Zigarrenhandlungen von Horst, Engelstr. 15, Goltz, Am Rosenthaler Tor, Vogel, Lohringstr. 37, und an der Kasse zu haben.
Eintritt 50 Pf. Garderobe frei. 6/12
Raffensöffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.
Nachdem: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Gelegenheitslauf! Schwere Schlafdecken
St. 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁰⁰ 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ M.
Ein Posten Arbeiterdecken
St. 1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁷⁵ 4²⁵ M.

Reisedecken
Englisch schwere
St. 4⁷⁵ 6⁷⁵ 9⁷⁵ bis 36 M.
für diese Vertieren alle Farben
Meter 2,00, 2,50 bis 4,50.
Abgen. Friesmäntel 2,25-8 M.
Versand unter Nachnahme.

Fries
Berliner
alle Farben
Meter 2,00, 2,50 bis 4,50.
Abgen. Friesmäntel 2,25-8 M.
Versand unter Nachnahme.

Emil Lefèvre
Berlin S., Graniewstr. 158.

Gewerkschaftliches.

Aus der Geschäftspraxis der Streikbrechervermittler.

Ein Gewerkschaftsangehöriger schreibt uns: Seit die Vermittlung von Arbeitswilligen sich für eine gewisse Sorte von Menschen zu einem Gewerbe herausgebildet hat, werden die Unternehmer vielfach mit Angeboten zur Lieferung von Arbeitswilligen geradezu überlaufen.

Herrn

Aus dem mir vorliegenden Berliner „Vorwärts“ ersehe ich, daß in Ihrem Betriebe ein Streik der Metallarbeiter ausgebrochen ist und gestatte ich mir, Ihnen zur Beschaffung der zur Aufrechterhaltung Ihres Betriebes und zur erfolgreichen Bekämpfung des Streiks notwendigen Arbeitswilligen meine Dienste anzubieten.

Hochachtungsvoll

Da das Schreiben hektographiert ist, also in größerer Anzahl hergestellt, gehen wir wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß das Versenden solcher Schreiben an Firmen, die bestreift oder gesperrt sind, ständige Geschäftspraxis ist.

Herrn

Ich habe versucht, die Zeitung noch zu bekommen, aber leider ist dieselbe aus der hiesigen Lesehalle entfallen. Es gibt hier in der Kopalberstraße eine öffentliche Lesehalle, und da liegen die meisten Volkszeitungen von allen größeren Städten aus.

Hochachtungsvoll

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die Streikbrecherlieferanten auch in der Lesehalle in der Kopalberstraße in Berlin (gemeint ist sicher die Heimannsche Lesehalle) und im Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes nach den Adressen solcher Firmen suchen lassen, die mit den Arbeitern im Kampf stehen, um so das Geschäft leistungsfähig zu machen.

Es ist eine schon seit längerer Zeit von uns beachtete Erscheinung, daß professionenmäßige Arbeitswillige die Veröffentlichungen in den Arbeiterzeitungen daraufhin durch-

suchen, wo ein Betrieb gesperrt ist, um in dem betreffenden Betrieb ihre Dienste anzubieten. Die Sperrnotizen in den Arbeiterzeitungen sind für diese Leute also gewissermaßen eine Art Arbeitsnachweis.

Nun scheinen die Leute, die das Gewerbe der Vermittlung von Arbeitswilligen ausüben, in der gleichen Weise zu verfahren. Es wird wohl nötig werden, daß die Gewerkschaften, um diesen Leuten ihr Handwerk zu legen, Streiks und Sperrern in anderer Weise bekannt geben, damit den Vermittlern von Arbeitswilligen ihr Geschäft nicht noch unabsichtlich durch die Veröffentlichungen in den Arbeiterzeitungen erleichtert wird.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Pauer! Die Innenpauer auf dem Bau Lohping-Ede Swinemünder Straße, Warenhaus Löwenberg, haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Der Bau gilt bis auf weiteres für Pauer gesperrt.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin. Sektion der Pauer.

Die Ausfuhr und Arbeiter der Firma Theodor Schmiedigen, Hochstr. 3 (Schwerfuhrwerk), haben am Dienstag die Arbeit niedergelegt wegen Tarifbruch des Arbeitgeber und Maßregelung des Vertrauensmannes. Herr Schmiedigen hat den Tarifvertrag für die Bau- und Arbeitsfuhrer (Schwerfuhrwerk) vom Jahre 1912 durch seine Unterschrift anerkannt. Nun glaubte der Herr wohl, die gegenwärtige Zeit der Arbeitslosigkeit dazu benutzen zu können, um den Tarifvertrag zu umgehen oder ganz zu vernichten.

Deutsches Reich.

Nachkänge von der Lohnbewegung der Papierwarenarbeiter in Aschersleben.

Als im Vorjahre die elend entlohnten Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen Ascherslebens sich etwas bessere Arbeitsbedingungen erringen wollten, versuchten besonders die Inhaber der größten Firma, die vielfachen Millionen Westhorn, mit allen Mitteln dies durchaus berechtigtes Bestreben zu verhindern. Sie setzten nicht nur die städtischen und staatlichen Behörden, sondern auch in hohem Maße die Gerichte in Bewegung, um die Lohnbewegung zum Scheitern und die Führer derselben möglichst hinter Schloß und Riegel zu bringen.

die noble Firma ihren Strafantrag gegen den betreffenden Buchdrucker zurück, ohne ihm auch nur die geringste Entschädigung für die unschuldig erlittene Unterbrechung zu erlassen. Gegen den Vorsitzenden des Buchbinderverbandes, Klotz, und den Bezirksleiter Kornacker wurden mehrere Prozesse wegen aller möglichen Straftaten angestrengt, aber in allen bisher entschiedenen Prozessen zog die Firma Westhorn den Kürzeren.

Die Solinger Damaszierer, Neher und Hilfsarbeiter haben in einer Bewegung zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Unternehmer lehnten nun nicht allein den eingezichteten Tarif rundweg ab, sondern verweigern auch jede Verhandlung. Eine Versammlung der Damaszierer und Neher aller drei Organisationen, des Metallarbeiter, des christlichen und des Industrie- und Arbeiterverbandes, hat daraufhin beschlossen, die Kündigung einzuziehen. Dies ist mittlerweile geschehen. Die Unternehmer werden sich wahrscheinlich in auswärtigen Zeitungen um Erfolge bemühen. Zugung ist deswegen dringend fernzuhalten!

Ausland.

Dem 29. kanadischen Gewerkschaftskongress wohnten noch der Internationalen Gewerkschafts-Korrespondenz 331 Delegierte sowie Gäste aus den Vereinigten Staaten und England bei. Diesem mal vertrat der Kongress 80 501 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegen 80 381 im Jahre 1901, die alle den sogenannten „Internationalen Verbänden“, die sich auch über die Vereinigten Staaten erstrecken, angehörien. Daher beschäftigte sich der kanadische Kongress in der Hauptsache nur mit sozialpolitischen Fragen. Ausführlich wurde auch der verzwiefelte Kampf der Bergarbeiter in Vancouver, gegen die Unternehmer und Regierung mit Hilfe des Militärs in echt amerikanischer Weise vorgehen, behandelt und die Arbeiterschaft zur weitgehenden Unterstützung dieses Kampfes aufgefordert.

Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Wien, 4. November.

4. Verhandlungstag.

Ueber den Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung referiert Eiderich-Wien. Er legt folgende Resolution vor: 1. Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise werden in den periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen offenbar. Die Produktion wird eingeschränkt, während das Volk an allen Produkten Mangel leidet. Die Waren häufen sich in den Speichern der Kapitalisten, während den Volksmassen Nahrung, Kleidung, Obdach fehlen. Die Erzeugnisse der Arbeit sind unverkäuflich, weil die Arbeiter ihre eigenen Erzeugnisse nicht kaufen können.

Kleines feuilleton.

Modernes Seldentum. Etliche illustrierte Blätter brachten ein Bild von dem Marconi-Telegraphisten des untergegangenen Dampfers „Volturno“, aufgenommen während der Katastrophe. Man sieht den Tapferen in seinem Dienstraum, wie er drablose Telegramme aufnimmt und noch Zeit hat, sich aufzunehmen zu lassen.

Witten in den wildfließenden Flammen ist der Sensationshunger erwacht. Mit den Depeschen von dem Dampfer, die zu Hilfe eilen, empfängt der Telegraphist in aller Ruhe den Photographen. Er wirft ihn nicht hinaus, obwohl sich schon die Passagiere über Bord werfen. Schon werden die Rettungsboote herabgelassen, aber noch läßt sich der Telegraphist herab, den Photographen zu empfangen. Schon haben die Dynamomachinen für die Pumpen verfaßt, aber der Telegraphist verfaßt nicht dem Photographen den Zutritt. Er setzt ihn nicht an die Luft, in die schon die Maschinen auf der Brücke geben.

Während des Umschlagens der Rettungsboote bot sich die schönste Gelegenheit, sein Bild für die Illustrierten zu retten. Es mußte um jeden Preis festgehalten werden — wie sehr auch die entseffelten Elemente rufen.

Die Panik trennte Eltern von ihren Kindern für immer, aber der Photograph lächelte verbindlich: „Bitte, recht freundlich. Ich danke.“

Schwedische Rechtsfossilien. Kaum ein zweites Land Europas wird neben der modernen Entwicklung des öffentlichen Lebens, die der zur Macht gefommene Kapitalismus bewirkt, so viel mittelalterliche Rechtszustände aufweisen, wie Schweden. In diesem Lande, in dem die „bolagsvalde“ (die „Macht der Alliengeleschaften“, also des Kapitalismus) eine harte Tatsache ist, hat der Adel noch wichtige Privilegien und untersteht nicht den gewöhnlichen Gerichten, sondern der höheren Instanz, den „Hochgerichten“. In diesem Lande der allgemeinen Wehrpflicht, wo auch keine Institution der Einjährig-Freiwilligen existiert, gibt es noch staatliche Werber, die per angeworbenen Mann bezahlt werden, die zur freiwilligen längeren Dienstzeit vor Beginn der Dienstpflicht animieren. Schweden hat das allgemeine gleiche Wahlrecht, aber im Reichsrat sitzen die Adligen nicht in Parteigruppen, sondern den Provinzen nach versammelt, ganz wie im Mittelalter. Es hat eine parlamentarische Regierung, aber das Regierungsblatt, das Reichs-Amtsblatt, ist im Besitze der „Akademie“, die auch das Redaktionspersonal ernennt. Schweden vergibt die wissenschaftlichen Nobelpreise, aber es erlaubt seinen Bürgern nicht, sich als religionslos zu erklären.

Ein neuer Beitrag zu diesen Rechtsfossilien beschäftigt in diesen Tagen die schwedische Presse. In den größeren Städten gibt es sehr viele Geschäfte, die Pfandscheine aller verfallenen Pfandgegenstände ankaufen und diese dann weiter verkaufen; natürlich befinden sich auch Gold- und Silberwaren darunter. Nachfrageknangel formten sie dies ungeführt tun, aber da erinnerte sich plötzlich der Stockholmer Staatsanwalt Sten dahl eines uralten Gesetzes, nach dem für den Gold- und Silberwarenhandel eine besondere behördliche Bewilligung erforderlich ist, und hat nun gegen mehrere dieser Stockholmer Händler ein Strafverfahren eingeleitet. Dieses uralte Gesetz bestimmt aber auch, daß jene Amtsperson, die die Bestrafung der Händler bewirkte, einen Teil der Geldbuße als Prämie erhält. Also ein Staatsanwalt erhebt bei finanzieller Beteiligung Anklagen

im Afford! Ist das schon für schwedische Zustände bezeichnend, so ist noch bezeichnender, daß kein einziges schwedisches Blatt eine Abänderung dieser korrumptierenden Gesetze fordert. Man verlangt nur, daß der Staatsanwalt auf seinen Anteil verzichte.

Theater.

Königsgräber Theater. Die „Kronbraut“, Märchenpiel von August Strindberg. Der eine Zeitlang in Deutschland halb vergessene Name Strindberg hat in den letzten Jahren, besonders nach des Dichters Tode, einen Klang und Glanz gewonnen wie kaum zur Frühzeit der naturalistischen Bewegung, als er den „Bater“ und „Fräulein Julie“ schrieb. Die Wägen wetteiferten in Aufführung seiner Stücke. Inbes von allen diesen Experimenten hat schließlich nur ein einziges unzweifelhaften künstlerischen Gewinn gebracht: Die Darstellung des Totentanzes.

Stünde nicht gerade der Name Strindberg vor der „Kronbraut“, dies Märchentrama würde schwerlich wohl den Weg auf deutsche Bühnen gefunden haben. Wie in dem aus der gleichen Periode stammenden Schauspiel „Osten“ beschäftigt den frommgeordneten Dichter, auch in diesem Werke christliche Erlösungsgedanken. Er will die Läuterung einer sündigen Seele zeigen, doch kommt er dabei über billige Nüchternen melodramatischen Genres kaum hinaus. Weder in der Länge der schönen Kerst noch in ihrer Erhebung spürt man eine in den Tiefen des Charakters verankerte Notwendigkeit, die ein Miterleben möglich macht. Es sind nur mit allerhand Märchenpul und Geistesstimmungen versetzte Ueberraschungen, die man sich vorübergeleit sieht.

Kerst scheint die ärtlichste der Mütter. Sie kann sich nicht genug tun, das Kleine, das sie ihrem Liebsten, dem jungen Müller Mats, heimlich vor aller Welt gebat, zu herzen und zu küssen. In wenigen Worten soll die Trauung sein. Da naht der Teufel in Gestalt der Hebamme und flüstert ihr zu, wenn sie das Kindlein ihm überlasse, könne sie als unbedeutende Jungfrau mit der Brautkron das Hochzeitsfest begehen. Wollständig loslos gibt sie es hin, und noch losloser läßt der Liebste sich durch plumbe Lügen täuschen. Kalt und misstrauisch empfangen Mats Eltern und Geschwister unten in der Küche die zugeführte Braut. Natur und Menschen sind verschworen, Kerstis schuldbehaftete Furcht zu schüren. Das Märchen bricht sich rückwärts, der Dien madel auf sie zu. Der laute Schall der Gloden bleibt ihrem Ohr unmerklich. Argwohn bligt ihr aus den Augen und Worten Writas, Mats' horthertziger Schwester entgegen. Noch trotz sie, wahr ist der Hebeimnis vor dem Amtmann, der forschend in sie dringt. Die Krone auf dem Haupt, tangt sie den Hochzeitsreigen. Der Schmutz entgleitet in den Mühlbach und unter der Diele, wo die Teufelbege ihn vergraben, wird der Leichnam des Kindes entdeckt. Ihr Haupt soll fallen. Nach allem Gesey muß sie gefesselt vor dem Kirchentore Vorke tun. Der Teufel erbidet sich, sie zu retten, doch reuig verschmäht sie die Flucht. Eine glatt moralisierende Umschreibung von Bretchens erschütternd wahrem Kufferei: „Bericht Gottes, Dir hab' ich mich übergeben“, in der Kerstizene! Das Kind erscheint ihr als blondes Englein, von Glaube, Liebe, Hoffnung redend. Bis dann zuletzt der Amtmann ihr ein Begräbnis schreiben bringt, das er — in barocker Märchenfärbung — vom Ameisenkönige unterzeichnen läßt. Das letzte Bild heißt „Ostertag“. Im verschneiten Walde stoßen die verleideten Sippen, Kerstis Verwandte und die Familie Mats, aufeinander. Worte giftiger Verdächtigung fliegen herüber und hinüber. Da naht ein Trauerzug mit Kerstis Leiche und vor der Bahre der Verkärten schmilzt der winterliche Hag. Die Tränen quellen und die Gegner reichen sich die Hände.

Was in dem Werke bühnenmäßig bildhaft wirken konnte, hat die Aufführung mit großem Kunstverstand herausgearbeitet. Irene Friesch war eine im Ausdruck des Leidens rührend schöne Kerstis. Und die flüchtig unruhige Figur des Amtmanns erhielt durch Wegener eine wunderbar eindringend-düstere, bodenwüchsig-bäuerliche Physiognomie. Auch die teuflische Hebamme, deren Gebahren leicht ins Lächerliche schlagen könnte, fand sehr phantastisch- und stimmungsvolle Verkörperung durch Herrn Gebühr. Von den anderen Figuren interessierte Schauspielersich am stärksten die tschische Britta des Fräulein Hell. Eine überraschend prächtig originelle Märchenfärbung schwedischer Motive boten die von Abend Gade gemalten Hintergründe. August Enna hatte eine stimmunggebende Musik geschrieben.

Notizen.

- Hoffmanns Opernhausentwürfe. Baurat Hoffmann legte, wie amtlich gemeldet wird, Vorschläge für die Gestaltung der äußeren Erscheinung und der wichtigsten Innenräume des neuen Hauses S. M. vor. Dieser erklärte sich mit der weiteren Bearbeitung des Entwurfs einverstanden. Entwurf und Kostenaufschlag werden dem Landtag mit dem Etat, der die erste Rate für den Neubau enthalten soll, vorgelegt werden. (Ra, wenn S. M. zufrieden ist, ist doch die Sache erledigt!)
- Die Architektenrevolte gegen die kaiserliche Baupolitik zieht immer weitere Kreise. Auch die Preisdichter wollen — so heißt es — gegen die Zurücksetzung der Preisgekrönten protestieren und die Wahl des Protégés ohne amuliert wissen, da sie gegen die Wettbewerbsbestimmungen verstoße.
- Eine neue Oper „Henspiegel“ (Text und Musik von Walter Braunfels) wurde in Stuttgart mit Erfolg erprobt.
- Ein Studentenstreik. An der Wiener Kunstakademie ist ein Studentenstreik ausgebrochen, der sich gegen die Berufung eines Professors richtet. Prager Kunstakademiker beschlossen, in einen Sympathiestreik einzutreten.
- Ein unbekannter Rembrandt, das Bild eines blondlockigen jungen Mannes, soll in einem Berliner Privatbause entdeckt sein. Wenigstens hat Herr Vode ein Attest ausgestellt und ein Kunsthändler das Bild teuer verkauft.
- Forscherlos. Der Missionar Greenfield, der zur Mission unter den Eskimos auf der Nordlandinsel in der Arktis weilt, ist nach London zurückgekehrt und berichtet, daß der deutsche Vogelforscher Gangha, der im letzten Jahre eine Forschungsreise von der Fiktion der Nordlandinsel aus unternahm, gestorben ist. Sein Gesundheitszustand war dem Aufenthalt in den nördlichen Regionen nicht gemachsen. In seiner Begleitung befand sich eine kleine Abteilung von Eskimos, die alles taten, um ihn zu retten. Seine Aufzeichnungen und Instrumente hat Missionar Greenfield nach Europa gebracht.
- „Kältebrand“ in der „Fram“! Amundsen hat die beunruhigende Mitteilung erhalten, daß in der „Fram“, die zurzeit in Colon (Mittelamerika) liegt, sich „Kältebrand“ gezeigt habe und daß infolge davon auch ein Teil der Schiffskontingenten sauer geworden seien. („Kältebrand“ ist die technische Bezeichnung einer Holzkrankheit, die bei Holzgütern ziemlich häufig auftritt und Holzfauleis zur Folge hat.) Ob dadurch der Termin der Nordpolarexpedition verzögert werden wird, steht noch dahin; die bisherige Absicht Amundsens ging dahin, im Mai oder Juni von San Francisco aus die Fahrt ins Polarmeer anzutreten.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 6. November 1913
Anfang 6 Uhr.

Cines Palast am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.
Cines Nollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Laubhüser.
Kgl. Schauspielhaus. Schwanen-
melch.

Deutsches. Emilia Galotti.
Sofina. Peer Gynt.
Jitzus Busch. Galmorstellung.
Jitzus Schumann. Galmorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Walter Mac Clintock, Pitts-
burg: 15 Jahre bei den Schwarz-
fuß-Indianern in den Rocky-
Mountains von Montana.

Hörspiel 8 Uhr: Dr. Piotrowski:
„Das Zentralnervensystem.“
Kammergraber Straße. Die Kron-
braut.

Berliner. Wie einst im Mai.
Theater am Nollendorfsplatz. Der
lachende Dreibund.

Theater des Westens. Polenblut.
Deutsches Künstler-Theater.
Kampf.

Deutsches Opernhaus. Die Königin
von Saba.

Deutsches Schauspielhaus. Die
heitere Rehdenz.

Neues Operntheater (Krahl).
Geschlossen.

Thalia. Die Langobardinnen.
Komödienhaus. Hinter Mauern.

Montis Operntheater. Die ideale
Gattin.

Schiller O. Die Großstadtluft.
Schiller Charlottenburg. Wenn
der neue Wein blüht.

Rehdenz. Heide — der Franz.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.

Kafkas. Ferdinand der Jugend-
hafte.

Krines. Selinde.
Trionon. Seine Geliebte.

Perruchel. Was sagen Sie zu
Leibsch?

Wintergarten. Spezialitäten.
Reichhaltigen. Stettiner Sängers.

Cines Adols-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Cines Friedrich-Wilhelmstadt.
Varieté-Lichtspiele.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Rose. Im weichen Adol.
Lichtspielhaus. 777: 10.

Sulien. Von Stufe zu Stufe.
Folies Caprice. Ritter Baldean.

Die Triggburg. Das Adop-
tion.

Walhalla. Der Liebesonkel.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Die Sieb-
schneidigen.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Cines Nollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Eierwarte. Invalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.

Freitag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Schiller-Theater
Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht

Freitag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Rehdenz.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:

Die Kronbraut.

Komödienhaus.

8 Uhr: **Hinter Mauern.**

Berliner Theater.

8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**
Sonn. Am. 3 1/2, 11: Der liebe Augustin.
Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberg. Straße 70/71. am Zoo.
8 Uhr: **Kampf.**

Lessing-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Peer Gynt. Von Adien.
Rust von Ortig.

Theater am Nollendorfsplatz 5.
Abends 8 Uhr:
Der lachende Dreibund.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.

Im weißen Rössl.
Zuspiel in 3 Akten von
Blumenthal u. Rabelburg.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen: Im weißen Rössl.
Sonnabend, 4 Uhr: Schneewittchen.
Sonnabend, 8 Uhr: Der Müller u. sein Kind.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

Gr. Ausstattung m. Gel. u. Tanz in
19 Bild. m. vollst. freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.

Rust von **Jean Gilbert.**
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.

Karl Bachmann. Joseph Glampietro.
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.

Leopold Wolf. Ludwig Wolf.
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.

Passage-Panoptikum
**50 wilde
Kongoweiber**

Männer und Kinder
in einem eigens auf-
gebauten Kongodorf
in ihren Sitten u. Gebräuchen.
Und die anderen Attraktionen.

Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung
von 5 (Sonntags 8) bis 11 Uhr.

Trionon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

**die
CINES
Theater**

Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags 3 Uhr Matinée.
Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele
Preis von 65 Pfennig an.

Apollo-Theater
Täglich Anfang 8 Uhr.
Komplettes Programm
grosser Variété-Akte sowie
unsere renommierten
Lichtspiele
Preis von 65 Pfennig an.

Tägl. nachm. 5 1/2 Uhr:
Lichtspiel-Vorstellungen
nur zwei Preise
35 Pfennig und 60 Pfennig

Friedr.-Wilhelmst.
Comtesse Ursel
Film-Lustspiel mit
Henny Porten
u. unsere anderen renommierten
Lichtspiele
Ununterbrochene Vorstellung
täglich von 4 Uhr an.
Nur zwei Preise
35 Pf. und 60 Pf.
Keine teuren Plätze.

Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
Wochentags Anfang 6 1/2 u. 8 Uhr
Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr.

Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.
In allen „Cines“-Theatern:
**Einzug des Herzogpaares
Ernst August
in Braunschweig.**

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
Donnerstag 8 1/2 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gel. u. Tanz in 5 Bild.

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesonkel.
Hoffe mit Gesang und Tanz.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-Quartett.
Leitung: Komponist **Frs. v. Blon.**

Musik. Kaiser-Alexander-Garde-Orn.-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Morgen Freitag, den 7. November: **Konzert des Berliner
Lieder-Quartetts.** Chorleiter: Fritz Steineck.

Freie Volksbühne
Die nächsten Stücke, die zur Aufführung gelangen, sind im

Leo Tolstoj:
Deutsches Theater Der lebende Leichnam
Drama in 19 Bildern.

Octave Mirabeau:
Schiller-Theater Ost Geschäft ist Geschäft
Komödie in 4 Aufzügen.

Arthur Schnitzler:
Lessing-Theater Professor Bernhardt
Komödie in 5 Aufzügen.

Jacques Offenbach:
Theater am Nollendorfsplatz Orpheus in der Unterwelt
Burleske Oper in 2 Akten.

Gerhart Hauptmann:
Künstler-Theater Der Biberpelz
Eine Diebeskomödie in 4 Akt.

Karl Rössler:
Herrnfeld-Theater Hinterm Zaun
Komödie in 3 Akten.

Otto Nicolai:
Deutsches Opernhaus Die lustigen Weiber v. Windsor
Komische Oper in 3 Akten.

Gerhart Hauptmann:
Neues Volks-Theater Michael Kramer
Schauspiel in 4 Akten.

Strindberg:
Rausch

Beer Hofman:
Graf Charolais

Hans Brunner:
Der Kaiserjäger

Abend-Vorstellungen

Extra-Vorstellungen
am 26. Dezember 1913:

Deutsches Opernhaus: Zar und Zimmermann.

Herrnfeld-Theater: Hinterm Zaun.

Berliner Theater: Große Rosinen.

Lessing-Theater: Moral.

Einlaßkarten in allen Zahlstellen von Mitte
November ab zu 1,10 M. und 1,30 M. für Mit-
glieder zu haben. Nichtmitglieder zahlen einen Zuschlag
von 25 Pf.

Neue Mitglieder
können sich zu den Abteilungen 18 bis 22 noch in allen
Zahlstellen melden.

245/15 **Der Vorstand.** I. V.: G. Winkler.

Ausstellungshalle am Zoo
Ausstellung
Im Reicha. Hausfrau. Mutter
vom 16. Oktober bis 9. November 1913.
Geöffnet von 10—8. Eintritt M. 0,50.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr
Walter Mac Clintock, Pittsburg:
15 Jahre bei den Schwarz-
fuß-Indianern in den Rocky-
Mountains von Montana.
Hörspiel 8 Uhr: Dr. Piotrowski:
„Das Zentralnervensystem“.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 6. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Gebr. Boston
Equilibristik in höchst. Vollendung.
Das Barnett-Trio
kombiniert Akt der Zahn-Athletik.
Ferner:
Hagenbecks Menschen-Affen
Max, Morik und Teddy
in ihren unglaublichen Leistungen.
Zum Schluss:
die neue gr. Ausstattung: Pantomime
Aus unseren Kolonien.

**MARMOR-
HAUS**

(An der
Kaiser-
Wilhelm-
Gedächtnis-
Kirche)

**LICHT-
SPIELE**

Kurfürstendamm 236.
Zum 117. Male!
Madge Lessing
als **Fritzi Lustig**
genannt:
**Die blaue
Maus**
Regie: **Max Mack**
entfesselt täglich
ungeheure
Lachstürme
5 7 9

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-Bossen-Schlager
Ferdinand der Eugendhafte.
Das broil. Stück seit Festehen d. Theat.
Berber das erstl. Spezialität-Prog.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Mutterliebe.

Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisballett
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 8 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Berliner Prater-Theater
Kassanien-Allee 7-9.
Donnerstag, den 6. November 1913:
Gastspiel des Voigt-Theaters.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Freitag, den 7. November:
Die Kino-Königin.
Vorverkauf täglich im Theater.

Retzshallen-Theater
Stettiner Sängers
Hagenbecks Künstler-
agentur, Buri v. Rehfel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen:
Hagenbecks
Künstler-
agentur.
Sop. 1 R., Ball 75 Pf., Entree 30 Pf.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.

Freitag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Schiller-Theater
Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht

Freitag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Rehdenz.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:

Die Kronbraut.

Komödienhaus.

8 Uhr: **Hinter Mauern.**

Berliner Theater.

8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**
Sonn. Am. 3 1/2, 11: Der liebe Augustin.
Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberg. Straße 70/71. am Zoo.
8 Uhr: **Kampf.**

Montis Operntheater.

Tägl. Lunar-Novität: 8 Uhr.
Die Ideale Gattin.
Dr. Raifars. D. Spielmann a. G.

8 Uhr **Residenz-Theater**

Hoheit — der Franz!
Zusätzliche Skizzen in 3 Akten von
Arthur Sandberger und Willi Hoff.
Rust von Robert Winterberg.
Woch. u. 1 Tage: Hohelt — der Franz!

**Zirkus
Alb. Schumann.**
Heute Donnerstag, 6. Novbr.
abends 7 1/2 Uhr:
Große Elitovorstellung.
U. a.:
10 Bengal-Königs-Tiger 10
vorgeführt von Herrn Sawade.
Zoolog. Potpourri.
Mit Octavis.
Neul The 2 Coenen Neu!
The Merveillons Indian Equil.
u. die übrigen Nov.-Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Ganz Berlin lacht jetzt!
Tango vor Gericht!
Pantomimische Burleske
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

**WINTER-
GARTEN**

Neues Programm:
Willard
der Mann, der wächst.
Grete Freund || **Paul Beckers**
Operettendiva. Komiker.
Orpington-Trio
Handvoltegeure
und die übrigen
November-Attraktionen!
Sonntag, 7. Nov.:
Nachmittags-3 1/2 Vorstellung!
Kleine Preise!
Rauchen gestattet!

Folies Caprice.
Anfang
8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Retzshallen-Theater
Stettiner Sängers
Hagenbecks Künstler-
agentur, Buri v. Rehfel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen:
Hagenbecks
Künstler-
agentur.
Sop. 1 R., Ball 75 Pf., Entree 30 Pf.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

1. Oktober 1911 bis 30. September 1913.

Sozialpolitik.

In sozialpolitischer Beziehung haben unsere Genossen im letzten Jahre nach weiteren Verbesserungen und durchgreifenden Maßnahmen im Interesse der erwerbstätigen Bevölkerung getreut und dabei zeitweise heftige Kämpfe mit der bürgerlichen Massenvertretung führen müssen.

Die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen betraf ein Ordstatut, das am 16. Februar 1911 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden war, leider aber nicht, wie ursprünglich beschlossen, am 1. Mai 1911 in Kraft trat. Der Grund sollte darin liegen, daß eine Reihe Vororte dem Berliner Beispiel sich nicht anschließen wollten. Unsere Genossen übten an diesem Dingen in der Sitzung vom 5. Oktober 1911 Kritik, weil zahlreiche Angestellte und kleine Gewerbetreibenden die Sonntagsruhe in den Sommermonaten gekommen waren. Berlin hätte auch ohne Rücksicht auf die Vororte das Ordstatut in Kraft treten lassen sollen, um überhaupt erst einen Anfang zu machen. Ideal ist dieses Ordstatut insofern nicht, weil die Verkaufszeiten an Sonn- und Festtagen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September von 8-10 Uhr vormittags und vom 1. Oktober bis 30. April von 12-2 Uhr festgesetzt sind.

Die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln hält die sozialdemokratische Fraktion für eine der vornehmsten Aufgaben der Gemeinde. Bei dieser Forderung sind unsere Genossen vollkommen klar darüber, daß die Grundursachen der hohen Lebensmittelpreise in den verkehrten Wirtschaftspolitik des Reiches liegen, die auf die Ausbeutung der breiten Massen zugunsten einer kleinen, aber mächtigen Junkerclasse basiert. Die Gemeinden können nur bedingt Maßnahmen zur Milderung der Wirkung der heutigen sozialpolitischen Gesetzgebung treffen. Die Gemeinde kann, wenn sie will, die Lebensmittelversorgung in die eigene Hand nehmen; es ist das sogar eine sehr dringliche Aufgabe der Gemeinde. Unsere Genossen haben bei den verschiedensten Gelegenheiten nach dieser Richtung hin Vorstöße gemacht. Das geschah in der Sitzung am 5. Oktober 1911, als der Magistrat vorschlug, zur Milderung der hohen Fleischpreise in städtischen Markthallen Seefischverkaufsstellen einzurichten. Dieser Vorschlag war das erste Produkt jener auf sozialdemokratischen Antrag hin eingeleiteten gemischten Deputation zur Herabmilderung der hohen Lebensmittelpreise und der erste Versuch der Gemeinde, selber etwas zu tun. Im den Seefischverkaufsstellen zu fördern, richtete die Stadt auf Beschluß der Stadtverordneten am 6. Juni 1912 Seefischverkaufsstellen ein. Mit diesen Maßnahmen war aber wenig getan und so beantragte im Hinblick auf die sich stetig steigende Nahrungsmittelsteigerung die sozialdemokratische Fraktion Ergraffung von weiteren Abwehrmaßnahmen. In derselben Sitzung, in welcher der neue Oberbürgermeister Wermuth sein Amt antrat, in der Sitzung am 5. September 1912, legte der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion klar und eindringlich dar, welche außerordentliche Höhe die notwendigsten Lebensmittel und insbesondere die Fleischpreise erreicht haben, und welche Ursachen dieser Erscheinung zugrunde liegen. Die Forderung, welche unsere Genossen an die Gemeinde stellten, sahie unser Redner in dieser Sitzung wie folgt zusammen: Wir verlangen, daß nicht nur vorübergehende Maßnahmen getroffen werden, sondern daß entgegen dem mancherortsigen Prinzip, das bisher in unserer gemischten Deputation zum Ausdruck kam, ernsthaft daran gearbeitet wird, Maßnahmen zu schaffen, einmal, daß die Stadt sich mit Nahrungsmitteln aus eigener Produktion versorgt durch den Ausbau der Landwirtschaft, die der Stadt gehört, zweitens, daß sie Nahrungsmittel von auswärts einführt.

Wir müssen nicht bloß vorübergehend, wenn ein Notstand da ist, sondern ein für allemal dafür sorgen, daß die Bürger nicht der Wucherpolitik der Agrarier wie der Großkapitalisten des Zwischenhandels anheimfallen.

Mit einem Worte: Berlin muß auf die dauernde Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln hinwirken. Dieser Grundsatz widerspricht aber den Anschauungen unserer Kommunalfreunds, und es ist kein Wunder, wenn diese Klassenvertreter sich entschieden den kommunalpolitischen Forderungen unserer Genossen widersetzen. Vorübergehenden Maßnahmen wollte man sich angesichts der Sachlage nicht widersetzen, schon deshalb nicht, weil selbst die Regierung die Gemeinden auf Selbsthilfe hinweist. Kurz so ist es zu verstehen, daß in Verfolg dieser Feuerungsdebatte in der Sitzung vom 17. Oktober 1912 der Magistrat 600 000 M. anforderte zum Bezüge ausländischen Fleisches. Zum ersten Male mußte die Gemeinde unter dem Druck der Verhältnisse selbständig Fleisch beziehen und an die Bevölkerung zu den ihr fest vorgeschriebenen Preisen abgeben. Diese an sich nützliche Maßnahme der Stadt ist aber die Wit der um ihren Profit bedrohlichen Schlächtermeister hervor. Die Stadt wollte zunächst nicht selber das bezogene Fleisch verkaufen, wie das unsere Genossen verlangten, sondern sie bedienten sich einer Anzahl Markthallen-Schlächter, die aber auf jede mögliche Weise das russische Fleisch zu diskreditieren und damit das städtische Begehren von vornherein zu Wasser zu machen versuchten. Die Bevölkerung Berlins war empört über das Verhalten der Schlächter und es kam zu Szenen, wie wir sie lange nicht erlebt haben. Erst, als es gelang, die Konsumgenossenschaft zur Übernahme des Verkaufs russischen Fleisches zu bewegen und der konsumierenden Bevölkerung die weiten Wege nach den Hallen zu sparen, konnte der magistratliche Fleischbezug eher seinen Zweck erreichen, obwohl es an allen Vorbereitungen gefehlt hatte. Unsere Kommunalfreundsinnigen waren aber nur unwirksam bei der Sache, obwohl nicht geleugnet werden kann, daß der Weg russischen Fleisches mindestens ein weiteres Anzeichen der Fleischpreise hintangehalten hat. Und deshalb waren die Szenen sehr bald dabei, die Einstellung dieses von ihnen mit solchen Augen angehenden Bezuges ausländischen Fleisches während der Sommermonate zu beschließen. Die Folgen machten sich schnell bemerkbar. Sofort stiegen die Fleischpreise von neuem und die Stadt mußte wiederum den Fleischbezug für die Wintermonate in die Wege leiten, obwohl ihr von der Staatsregierung nicht das Entgegenkommen gezeigt wurde, das für einen geordneten Fleischbezug unbedingt voraussetzung ist.

Von großer sozialpolitischer Bedeutung für Berlin ist die Frage der Arbeitsnachweise. Die Stadt Berlin ermangelt eines eigenen städtischen Arbeitsnachweises; sie begnügt sich damit, dem Zentralverein für Arbeitsnachweise Beihilfen zu gewähren. Diese Beihilfen sind geringfügig von 3000 M., die dem Verein vor 20 Jahren gegeben wurden, auf 150 000 M., die jetzt verlangt werden. Die Sozialdemokraten haben wiederholt die Einrichtung des Arbeitsnachweises durch die Gemeinde verlangt, weil das ihre Aufgabe ist, andererseits aber die Stadt ohnehin ziemlich die gesamten Kosten des vom Zentralverein geführten Arbeitsnachweises zahlt. Die sozialdemokratischen Anträge erfuhren stets Ablehnung ohne jede Begründung, aber die Entwidlung des Arbeitsnachweises ging von selber die Richtung, daß früher oder später die Stadt die Arbeitsvermittlung selber übernehmen muß, wie das bereits in vielen Gemeinden der Fall ist. Am 20. Januar 1913 bzw. am 27. Februar 1913 mußten die Stadtverordneten erhöhte Beihilfen für den Arbeitsnachweis bewilligen; das geschah aber nur unter der Voraussetzung eines Einflusses der Stadt auf den Arbeitsnachweis. Dieser Einfluß, welcher der Stadt im Vorstände des Vereins die Mehrheit durch ein besonderes Kuratorium sichert, wurde der Stadt zugestanden und

das Weitere am 26. September 1912 beschlossen. Nur noch ein kleiner Schritt und Berlin hat endlich den von den Sozialdemokraten geforderten städtischen Arbeitsnachweis.

Eine wichtige Frage für unsere Genossen in den Parlamenten des Reichs, im Staat und in der Gemeinde ist die der Arbeitslosigkeit. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit eine Begleiterscheinung unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist und nur verschwinden kann, wenn ihre Wurzeln, die planlose kapitalistische Produktionsweise, beseitigt sind. Nichtsdestoweniger hat die Gesellschaft die Pflicht, die furchtbaren Folgen der Arbeitslosigkeit — Not und Elend — zu mildern. Bisher hat die herrschende Klasse der Arbeitslosigkeit unartig gegenüber gestanden, weil eine handige Reservearmee im Interesse der Kapitalisten liegt und die Opfer der heutigen Wirtschaftsweise den Armenverwaltungen zugewiesen. Aber in den Zeiten der Krisen zeigt sich besonders deutlich, daß man an dieser Erscheinung nicht mehr ganz unachtsam vorübergehen kann, und die Sozialdemokratie, als die Vertreterin der Bedrückten und Geächteten, hat überall versucht, hindernde Maßnahmen zu erreichen. Das haben unsere Genossen im Rathaus gleichfalls getan. Schon vor Jahren sind dahingehende Anträge in der Stadtverordnetenversammlung gestellt worden, welche die Schaffung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung und die eines Arbeitsnachweises zum Ziel hatten. Diese Anträge wurden in eine gemischte Deputation versetzt, um hier den Schlaf des Gewählten zu schlafen. In der Stadtverordnetenversammlung am 4. September 1913 machten unsere Genossen erneut einen heftigen Vorstoß nach der gleichen Richtung. Sie forderten schleunigste Inangriffnahme aller städtischen Hoch- und Tiefbauten und die sofortige Einberufung der seit Jahren nicht mehr zusammengetretenen Deputation zur Beratung der Arbeitslosigkeit. Sie wiesen auf die heranziehende Krise hin, die bereits im Baugewerbe und in der Holzindustrie Tausende von Arbeitslosen auf die Straße geworfen hat, und betonten, daß die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter sich steigern werde. Da sollte die Gemeinde nicht mehr unartig verhalten gegenüber den Arbeiter in Berlin zu beschäftigen. Damit gaben sich die bürgerlichen Vertreter zufrieden und meinten, daß der vorausgehende Magistrat schon alles höchst besorgt habe. Eine Arbeitslosenversicherung oder habe die größten Bedenken gegen sich, man solle darüber reden, bezweifle aber, ob aus den Beratungen etwas herauskomme. Bezeichnend für bestimmte reaktionäre Strömungen im Magistrat war die Feststellung der Tatsache, daß im selben Augenblick, da der Magistrat an die städtischen Verwaltungen das Ersuchen richtete, die beschlossenen Bauten baldmöglichst auszuführen, der Kammerer seinerseits die Hinauschiebung solcher beschlossenen Bauten verlangte, um mit einem möglichst hohen Ueberschuß vor die Stadtverordneten treten zu können, und daß andererseits der Vertreter der Armenverwaltung im Juni an die Armenvorsteher das Verlangen nach weiterer Einschränkung der Unterhaltungen richtete. Wie man sieht, Maßnahmen verlangte, die von einer totalen Verunsicherung der wirtschaftlichen Lage und von wenig sozialem Verständnis Zeugnis ablegten.

Soll es auf sozialpolitischem Gebiete in der Gemeinde mehr vorwärts gehen, so müssen unsere Genossen dafür Sorge tragen, daß am 9. November die Kandidaten der Sozialdemokratie mit großen Stimmengahlen gewählt werden.

Waisenpflege — Fürsorgeerziehung.

In der Waisenpflege ist in der Berichtszeit eine von unseren Genossen wiederholt geforderte Einrichtung zur Wirklichkeit geworden: die Einrichtung der Berufsvormundschaft. Am 21. Dezember 1911 legte der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage vor, nach welcher für die nach dem 1. April 1912 in Berlin geborenen unehelichen Kinder die Stadt die Vormundschaft übernimmt. Städtische Beamte werden den Vormundschafterrichtern als Berufsvormünder vorgeschlagen. Vom Vormundschafteramt werden die Interessen der unehelichen Kinder nach jeder Richtung hin wahrgenommen, insbesondere ist die Regelung der Alimentationspflicht der Erzeuger eine wesentliche Aufgabe des Berufsvormundes. Das Amt hat infolge der religiösen Induldiamkeit des katholischen Oberstadtsverordneten, der einen Anspruch auf die Vormundschaft für uneheliche Kinder katholischer Mütter erhebt, mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung reifen verschiedene aus Anlaß der von unserer Partei aufgedeckten Greuel von Niessau von den städtischen Behörden eingeleiteten Reformen ihrer Vollerziehung entgegen. Die städtische Erziehungsanstalt Lichtenberg wird zu einer Handwerkerbildungsanstalt umgestaltet, wozu der Magistrat in Vorlagen vom 28. November 1912 und vom 17. April 1913 die nötigen Mittel anforderte. Und in Steuerhof entsteht eine neue Erziehungsanstalt, deren Einrichtung in den Sitzungen vom 24. April und 26. Juni 1913 beschlossen wurde. Bedeuten diese Einrichtungen auch auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung einen Schritt vorwärts zur Besserung, so ist doch nicht zu verkennen, daß die heutige Fürsorgeerziehung noch sehr im argen liegt, und es ist Sache der Sozialdemokratie, auch hier vorwärts treibend zu wirken, damit die armen unglücklichen Kinder, die als Opfer unserer heutigen sozialen Verhältnisse in die Fürsorgeerziehung gesteckt werden, wirklich erzogen werden. Nach dem heutigen Stande der Fürsorgeerziehung fehlt es aber an einer wirklichen Erziehung. Besserung der wirtschaftlichen Lage der breiten Masse der Bevölkerung, Schaffung von Kinderhorden u. a. dürfte das beste Vorbeugungsmittel sein, die Kinder vor der Fürsorgeerziehung zu bewahren. Würden die 12 Millionen Mark, die im Jahre 1911 in Preußen für die Fürsorgeerziehung ausgegeben sind, für vorzuziehende Zwecke ausgegeben werden, so würde es heute um vieles besser. Aber in unserer heutigen Gesellschaft gilt eben der Grundsatz: Erst läßt man den Armen schuldig werden, dann überläßt man ihn der Pein!

Kommunalfreisinniger Patriotismus.

Unsere Dreiklassenmänner im Rathaus tun sich besonders auf ihren Patriotismus etwas zu gute. Bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten lassen sie ihn im hellsten Lichte erstrahlen. Will es, einen fremden Votenstern zu empfangen, so werden Straßen und öffentliche Gebäude mit buntem Papier und Fahnen ausstaffiert, um auf kurze Zeit „Berlin im Festesglanz“ erstrahlen zu lassen und um „oben“ gut angefahren zu werden. Die Sozialdemokratie hat bei allen diesen Gelegenheiten mit allem Nachdruck gegen die Verwendung von Steuergeldern zu höfischen Empfangsfeierlichkeiten Stellung genommen und zum Ausdruck gebracht, daß es im bürgerlichen Leben allgemein üblich ist, daß derjenige, der einen Votenstern empfängt, selber die Pflicht hat, aus eigenen Mitteln in seinem Hause den Votenstern so angenehm wie möglich zu machen. In der Berichtszeit ist infolgedessen eine kleine Veränderung eingetreten, als bei offiziellen Empfängen fremder Fürsten wie beim Einzug eines neuen Hauptpoars mit dem althergebrachten Brauch gebrochen worden ist. Oberbürgermeister und Stadtverordnete nach dem Brandenburger Tor zur Begrüßung am Ausschenschlag zu „befehlen“, wo die freisinnigen „Männer“ im Sonnenbrand oder in der größten Hölle oft Stundenlang auf das Erscheinen der hohen Herrschaften warten durften. Man hat selbst im Hofmarschallamt ein Einsehen gehabt, nicht etwa deshalb, weil dieses Warten dem Berliner Kommunalfreisinnigen nicht würdig wäre — denn dafür hatte er selber kein Gefühl —, sondern weil man aus menschlichen Rücksichten die vielen alten Herren der Erklärung bewahren wollte.

Einen besonderen Anlaß, ihren Patriotismus hell leuchten zu lassen, bot sich unseren Kommunalfreisinnigen anlässlich der Hundertjahrfeier des Jahres 1813. Der Magistrat hatte vorgeschlagen, am Tage der Hundertjahrfeier einen Anzug nach der Nikolaikirche zu machen, und zwar, auf einen Wink von oben

hin, am Geburtstage der Königin Luise. Das ganze Arrangement war nicht ein Gedenken an das Volk, das im Jahre 1813 für die Freiheit gekämpft hat, sondern ein höfisch-byzantinischer Akt, den die Sozialdemokratie entschieden ablehnte. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gab deshalb in der Sitzung am 20. Februar 1913 eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Die Befreiung von der Napoleonischen Fremdherrschaft hat leider dem Volke nicht das gebracht, was die ersten Vorkämpfer der Erhebung erhofft haben und was sie erwarren durften.

Der König von Preußen hat das in der Tat gegebene Versprechen einer freiheitlichen Verfassung für die preussischen Lande nicht eingelöst. Es bedarf vielmehr noch jahrzehntelanger Kämpfe und zahlreicher ungläublicher Opfer, bevor es gelang, das Volk von den drückendsten Schänden der in Borussia befangenen absoluten Monarchie zu befreien.

Nach heute steht ein großer Teil des preussischen Volkes, vor allem die Arbeiterschaft, in einem erbitterten Kampfe um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die ihr vorenthalten wird von der preussischen Bureaucratie und einer herrschsüchtigen Junkerklasse.

Diese Erklärung löste bei unseren freisinnigen Patrioten im Rathaus wahre Lobsuchtsanfälle aus. Einer nach dem andern sagte sein Sprüchlein her; einer nach dem andern beleuerte hoch und heilig seine Liebe zum ungeheuren Fürstentum und erklärte, auch als Jude den Aufbruch in die evangelische Nikolaikirche zu machen und hier in voller Dankbarkeit der Ergränzungen der Ereignisse von 1813 gedenken zu wollen. Das sind die Männer, die vorgeben, für Volksfreiheit zu kämpfen. Sie wissen nicht oder wollen nicht wissen, daß das Volk mit der Abschüttelung der napoleonischen Fremdherrschaft in neue Fesseln geschlagen worden ist und noch heute um sein elementarstes Recht schwer kämpfen muß.

Kuch gegen die Auffstellung eines Kolonialkriegsdenkmals im Osten der Stadt erklärten sich am 8. Mai 1913 unsere Genossen. Am 22. Mai und am 5. Juni 1913 beschloß die Stadtverordnetenversammlung eine Jubiläumsvorlage über die Umgestaltung des Universitätsviertels und Schaffung von Zugängen zum neuen Museum. Für unsere freisinnigen war in erster Linie maßgebend, daß das Beet als Jubiläumsgeschenk bestimmt war, während unsere Genossen diese Gründe ablehnten. Für sie handelte es sich um ein Kulturwerk großen Stils, dem sie von diesem Gesichtspunkt aus sehr wohl ihre Zustimmung geben konnten.

Am Sonntag, den 9. November, ist Gelegenheit, diesen Patrioten, die so sehrfüchtig nach oben schauen, ob ihnen ein Bündchen ins Knopfloch geflogen kommt, die verdiente Antwort zu geben.

Schlussbemerkungen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Gemeinde auf Grund ihres Kommunalprogramms zu allen wesentlichen Fragen Stellung genommen, und soweit sie sich nicht auf Anträge beschränkte, auch zahlreiche Anregungen gegeben, die bei ihrer Fülle in diesem Bericht nicht alle im einzelnen aufgeführt werden konnten. Immer war Grundlag, die Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung, die sich mit den Allgem. ein in der essen, wahrzunehmen gegen die auch im Rathaus zum Ausdruck kommenden kapitalistischen Interessen. Eine weniger in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Tätigkeit entfalteten unsere Vertreter in den Deputationen und Kuratorien der einzelnen städtischen Verwaltungen. Besonders bemerkt sei, daß das Kuratorium für das Bestattungswesen auf sozialdemokratischer Initiative hin dem unwürdigen Zustande der bisher üblichen Armenbeerdigungen ein Ende machte. Bisher erfolgten die auf Kosten der Gemeinde vorzunehmenden Bestattungen einer Person in der Weise, daß am Vormittage die Armenleichen von den Friedhofsarbeitern in ihrer kühnsten Arbeitskleidung nach dem Grabe getragen und eingekerkert wurden, wie man einen Hund verpackt. Es wurde beschlossen, die Armenbeerdigungen an Nachmittagen in Verbindung mit den Hallenleichen vorzunehmen, und zwar in der gleichen Weise wie letztere, d. h. die Friedhofsarbeiter legen auch bei Beerdigungen von Armenleichen die gleiche schwarze Kleidung an wie bei Hallenleichen, so daß ein Unterschied in der Bestattungswiese nicht mehr vorhanden ist. Dieser Zustand ist seit Anfang 1913 eingeführt worden. Auch in anderen Deputationen haben unsere Genossen Verbesserungen durchgeführt. Andere wichtige Fragen sind in der Schwere und harten der Lösung. Die nächsten Jahre stellen die Stadt vor neue Aufgaben.

Eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit ist die Frage: Soll es in Berlin erhöht sein, daß eine private Erwerbsgesellschaft auch weiterhin das Monopol hat, Kraft und Licht an die Bevölkerung abzugeben, und sollen die Gewinne aus diesem Unternehmen auch ferner in die Taschen von Aktienbesitzern fließen? Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits durch ihren Redner zum Etat am 4. März 1913 darauf hingewiesen lassen, daß im Jahre 1915 der Vertrag der Stadt mit den Berliner Elektrizitätswerken abläuft, und daß die Stadt alle Vorbereitungen zu treffen habe, die Elektrizitätswerke im Jahre 1915 in eigene Regie zu nehmen. In Verfolg dieser sozialdemokratischen Anregung ist der Vertrag auch gekündigt worden. Es sind aber einflussreiche Kräfte am Werke, erneut dem Privatkapital den Steigbügel zu halten und auf Jahre hinaus die Berliner Bevölkerung wiederum der Ausbeutung einer Privatgesellschaft preiszugeben. Das darf nicht sein! Das muß verhindert werden!

Wirkung kann das Allgemeininteresse nur durch die Wahl sozialdemokratischer Vertreter wahrgenommen werden. Und deshalb: Auf am 9. November zur Wahl sozialdemokratischer Kandidaten!

Kommunale Wahlbewegung.

29. Kommunale Wahlbezirk.

Genosse Dr. Oskar Cohn sprach am Dienstag in den „Berolina-Sälen“ vor sehr gut besuchter Versammlung. In trefflicher Rede kritisierte er die Rißbahn in unserer so „freisinnig“ regierten Hauptstadt. Besonders eingehend behandelte Redner die städtische Wohlfahrtsfrage, die Säuglingsfürsorge und das Schulwesen. Zum Vergleich, was eine Stadt wie Berlin auf dem Schulgebiete leisten könnte, zog er die allerdings nicht „kommunalfreisinnig“ regierte Stadt Kopenhagen heran. Dabei war bei uns Schulwesen mit bis zu 60 Schülern, so finden wir dort überhaupt keine Schulklassen, die über 30 Köpfe zählt. Gleich brach liegt bei uns auch die Armenpflege, wenngleich auch auf diesem, wie auf allen anderen Gebieten durch die unausgeglichene Kritik und Arbeit der Sozialdemokratie ein reflexer und moderner Geist eingeblasen ist. Am der wachsenden Stimme der Sozialdemokratie im Rathaus habe mehr Nachdruck zu verleihen, heißt es, am Wahltag die sozialdemokratischen Kandidaten mit ungeheurer Stimmengahl ins Rote Haus zu senden.

Sodann ergriß nach kernigen Wahlaufmunterungen zweier Genossen der Kandidat Theodor Fischer zu einer längeren, instruktiven Ansprache das Wort. In Würdigung, daß die Kommunalfreisinnigen nicht mit der Landes- oder gar der Reichspolitik beglückt wird, wünschte er doch, daß die städtischen Angelegenheiten in den breitesten Volkstreffen ebenso viel Interesse fänden, wie die ersten. Das kommunale Gebiet bietet des Interessanten genug. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen streift Redner die verschiedensten städtischen Einrichtungen, um dann zu dem Schluss zu kommen, daß wir trotz unserer Wahlung vor den Parlamenten nicht unsere Hoffnung allein auf diese setzen; denn unsere Kraft liegt in der Stärke unserer Organisationen. Darum auf zur Kräftigung unserer Reihen, um dem Kommunalfreisinn nicht nur mit Kandidaten, sondern auch mit tieferer Stimmengahl aufzuwarten.

31. Kommunalwahlbezirk.

Über die Aufgaben der Sozialdemokratie referierte in süßmilsch'schen, Vornholmer Straße, Genosse Koblitz. So lange die Herren Freisinnigen nicht durch die Sozialdemokratie in ihrem Schloße gefestigt wurden, plätscherte das Wasserlein der kommunalen Verwaltung Berlins ruhig dahin. Bis die Sozialdemokratie dann als Hecht im Karpsenteiche erschien, die Arbeiterfragen in den Vordergrund stellte und nun das Feld der Rede, man darf sagen, beherrschte. Es ist denn auch gelungen, die Bürgerlichen durch dieses fortgesetzte Arbeiten zu zwingen, unseren Vorschlägen zum Teil zuzustimmen. Im Berliner „Dreiklassenhaus“, in dem die Junker und Pfaffen fehlen und nur die Liberalen, die Verächter der „Freiheit“, als einzige Gegner uns gegenüberstehen, müßte, sollte man meinen, daß auch freischützliche Politik getrieben werde. Aber weit gefehlt. Nur, wo die Freisinnigen in der Minorität sind, finden sie liberalennde Worte. Redner untersuchte mit großer Kenntnis kritisch die einzelnen Zweige der Kommunalverwaltung. Mit wuchtigen Tönen geistelte er das schmachvolle Verhalten des Freisinnigen in den Steuerfragen, der auch nach berühmten Muster die Interessen der Reichen außer acht läßt. Für all seine volkstümlichen Taten muß dem Freisinn am Wahltag die gebührende Quittung in Gestalt richtiger Stimmziffern entrichtet werden. Die Anwesenden sollten den trefflichen Ausführungen lebhaften Beifall.

37. Kommunalwahlbezirk.

Im dichtgefüllten Saale des „Arztshof“ sprach Genosse Liebnicht, der die sozialen Aufgaben der Stadt Berlin in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte. Es war ihm ein Leichtes, an Hand der Tatsachen die volle Rückständigkeit des kommunalen Freisinn in das gebührende Licht zu rücken, nicht nur im Hinblick auf unsere sozialen Forderungen, sondern auch in bezug auf das Wahlrecht. Der Kampf um ein besseres kommunales Wahlrecht hänge aber auf das innigste mit dem preussischen Wahlrechtskampf zusammen.

Anschließend an das beifällig aufgenommene Referat hielt der Kandidat Heise eine Ansprache an die Versammlung, woran einige anfeuernde Worte des Versammlungsleiters den Beschluß bildeten.

Hermann Werner tot.

„Fallen seh' ich Blatt um Blatt“!

Der Tod hält diesen Herbst reiche Ernte unter unseren älteren Genossen. Mit Hermann Werner verliert die Berliner Sozialdemokratie einen ihrer bravsten und treuesten Kameraden. Er war kein Redner, kein Schriftsteller, er stand nicht an weittragender Stelle, aber welche Aufgabe die Partei ihm immer stellte, was immer sie von ihm forderte, ohne Zaudern und ohne Jagen tat er seine Pflicht und ehrte das in ihn gesetzte Vertrauen.

Er gehörte allmählich schon zur „alten Garde“ — nicht an Lebensjahren, wohl aber an Dienstjahren. In Jüterbog 1869 geboren, kam er nach Ableistung seiner Militärdienstzeit in Brandenburg in den 80er Jahren in Berlin in die Gewerkschafts- und politische Bewegung, öffentlich, so weit das unter dem Sozialistengesetz möglich, geheim, so weit es notwendig war. Wenn einmal im Kreise der Genossen von jenen Kampftagen gesprochen wurde, so verteilte Hermann mit Vorliebe bei den Schnippen, die damals der Polizei bei der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ geschlagen worden sind — und Hermann's sinnige, nachdenkliche Art wählte immer neue Mittel und Wege zu finden, wenn der Spürsinn der Polizei die alten verlegt hatte. Damals, in seinen jungen Jahren, war Werner auch noch feist und kurtig, und die Auspflanzung der roten Fahne an einer Pappel in Schöneberg anlässlich des 18. März und die daran sich anschließende Jagd der Polizisten, die zu spät aufgestanden waren, gehörte noch nach Jahren zu seinen liebsten Erinnerungen.

Anfang der neunziger Jahre, nachdem der Buchbinder Kleinert der Proletarierkrankheit erlegen war, wählten ihn die Genossen des zweiten Wahlkreises an dessen Stelle zu ihrem Vertrauensmann; er blieb mit einer kurzen Unterbrechung an dieser Stelle, bis diese Organisationsform geändert wurde, dann aber war er jahrelang Vorsitzender oder doch Vorstandsmitglied des Wahlvereins. Auch auf den deutschen Parteitagen war er wiederholt der Vertreter der Berliner Genossen, ebenso auf den Internationalen Kongressen von Amsterdam und Stuttgart.

In allen Kämpfen, welche im letzten Menschenalter von der Berliner Sozialdemokratie geführt wurden, tritt Hermann Werner an vorderster Stelle; er war ein ausgezeichneter Organisator, nichts war ihm zu geringfügig, keine Arbeit zu unbedeutend, er ging stets mit gutem Beispiel voran. Und wenn der 2. Berliner Reichstagswahlkreis seit 20 Jahren immer wieder — trotz der ungeheueren Anstrengungen der Gegner zur Wiedereinerholung — der Sozialdemokratie erhalten blieb: Hermann Werner's unermüdlicher Kleinarbeit, seiner weitausschauenden Organisationsfähigkeit, welche die Parteigenossen zu freudiger Mitarbeit zwang, ist das mit in erster Linie zu danken.

An allen Verfolgungen, welche über die Sozialdemokratie in Berlin hereinbrachen, trug er sein redliches Teil. Als am 8. Februar 1896 durch den Verrat eines gewissen Krüger die „Korpora“ in der Admiralstraße aufgehoben und die Verhafteten nach dem Alexanderplatz gebracht wurden, war natürlich Hermann Werner an ihrer Spitze, und im Prozeß Hinge und Genossen (am 28. April 1896) figurierte er als angeklagter „Leiter“. Auch im Organisationsprozeß Auer und Genossen am 9. November 1896 sah er auf der Anklagebank, wie er denn überhaupt eine Anzahl „Strafen“ wegen seiner politischen Tätigkeit auf seinem Verdienstkonto stehen hatte.

Wie so viele Genossen, denen das Eintreten für die Partei die Arbeitsstelle gelostet hatte, war Werner auch einige Jahre „Partei-büchler“, aber besonders wohl fühlte er sich dabei nicht. Als die Gelegenheit sich bot, machten ihn die Parteigenossen zum Expediteur des „Vorwärts“ und sie hatten das nie zu bereuen. Wie er die ihm übertragenen Parteilarbeiten auf das Gewissenhafteste verrichtete, so war er auch in seinen geschäftlichen Angelegenheiten von musterhafter Gewissenhaftigkeit, ordnungsliebend bis an die Grenzen der Bedanterie.

Von Beruf war er Puffer und seine früheren gewerkschaftliche Tätigkeit hat ihm die Liebe seiner Berufsgenossen bis in die letzten Tage gesichert. Seit Jahren litt er schwer an Gelenkrheumatismus, in diesem Sommer erlitt er einen letzten Schlaganfall, der bei seinen Freunden schwere Besorgnis erweckte. Ein mehrwöchentlicher Ferienaufenthalt, den er auf dem Grundstück eines befreundeten Genossen an der Havel verlebte, schien die Gefahr einer Wiederholung auf längere Zeit hinauszuschieben zu haben. Gestern mittag erlitt er einen zweiten, schwereren Schlaganfall; bewußtlos wurde er nach dem Krankenhaus Urban geschafft, wenige Stunden später war er, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein, gestorben!

Hermann Werner war ein Idealist; die Hingabe an die höchsten Aufgaben der Sozialdemokratie: die Befreiung der Menschheit durch die Befreiung der Arbeiterklasse, war ihm Lebensaufgabe. Dafür setzte er seine ganze Seele ein. Und weil er kein anderes Ziel, kein anderes Streben kannte, weil er seine ganze Kraft zu allen Stunden des Tages und der Nacht für die Sache der Arbeiterklasse opferte, deshalb forderte er das gleiche von anderen und ward manchmal etwas zu streng in diesem Forderung. Dafür ward ihm auch die Liebe und Achtung aller derer, die ihn näher kannten.

Möge sein Beispiel für die Jüngeren ein Ansporn zur Nachahmung sein.

Die Berliner Sozialdemokratie zählt ihn stolz zu ihren Besten und wird seiner nimmer vergessen.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter und vierter Wahlkreis, Morgen Freitag, abends 7 Uhr:

Flugblattverbreitung

zur Stadtverordnetenwahl für den 9., 16. und 22. Kommunalwahlbezirk.

Dritter Wahlkreis. Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß der erste Vortrag des Genossen Dr. Dunder über die Geschichte des Sozialismus erst am Freitag, den 14. November, stattfinden kann. Weitere Vorträge finden am Montag, den 17. November, Mittwoch, den 19. (Vortrag) und am Freitag, den 21. November, im Luisenstädtischen Kasino, Dronienstr. 181, statt. Anfang abends 8 1/2 Uhr. Der Vortrag am 19. November (Vortrag) beginnt vormittags 9 1/2 Uhr. Der Bildungsausschuß.

5. Kreis. Sonntag, den 9. d. M., für die 1., 1a., 1b. und 2. Abteilung. Sonntag, den 16. d. M., für die 3.—7. Abteilung. Besuch des Museums für Völkerkunde (Georgenstraße.) Treffpunkt 11 1/2 Uhr mittags vor dem Museum. Die Führung an beiden Tagen hat Genosse Dr. Hannover übernommen. Der Bildungsausschuß.

Lichtenberg. Zu dem am Sonnabend, den 8. d. M., in Reßers Festsaal stattfindenden Kunstabend sind noch eine beschränkte Anzahl von Billetts zum Preise von 40 Pf. in folgenden Verkaufsstellen zu haben: Restaurant W. Schulz, Kronprinzstr. 47; Restaurant Träger, Türschmidtstr. 40; Zigarrengeschäft Wergo, Wilhelmstr. 54; Restaurant Paul Berner, Wilhelmstr. 88; Restaurant Blume, Altvogelstr. 56; Zigarrengeschäft A. John, Gärtnerstr. 33.

Edmügendorf. Sonnabend, den 8. d. M., findet im Restaurant „Waldlater“, Barnemünder Str. 14/15, das 21. Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Die künstlerische Leitung übernimmt die Konzertdirektion Blumenthal-Verka. Das Konzert wird ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester. Anfang 9 Uhr. Um rege Beteiligung der Genossen wird ersucht.

Trebbin. Am Sonnabend, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“ (W. Kromm): Öffentliche Kommunalwähler-versammlung. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde. Referenten: Stadtverordneten Schöneke und Feings. 2. Diskussion.

Niederhohenhausen. Morgen Freitag, den 7. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet der zweite Vortragabend des Kursums: „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ statt. Die Beteiligung hieran ist auch denjenigen Genossen zu empfehlen, die den ersten Abend veräumt haben. Karten sind am Eingang des Lokals, Restaurant Liebsmit, Am Kirchplatz, zu haben.

Vorligwalde-Wittenau. Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, von den bekanntesten Stellen aus wichtige Flugblattverbreitung.

Reinickendorf-Ost. Vom Vortragsklus: „Einführung in die sozialistische Weltanschauung“ (Vortragender: Genosse Emil Eichhorn) findet heute abends 8 1/2 Uhr im „Seebad“, Residenzstr. 48, der dritte Vortragabend statt. Der geringe Eintrittspreis von 10 Pf. ermöglicht jedem Parteigenossen und jeder Genossin die Teilnahme an den Vorträgen.

Tegel. Zu der am 29. Dezember stattfindenden Weihnachtsfeier des Wahlvereins ist eine Reigenaufführung geplant. Da die Übungen zu derselben jetzt schon beginnen, wollen die Eltern, deren Kinder dabei mitwirken wollen, diese am Montag, den 10. d. M., abends 5 1/2 Uhr, nach dem Jugendheim, Vahnhofstr. 15, schicken.

Franz-Buchholz. Zu der am Sonntag, den 9. November, stattfindenden Jugendchriften- und Wandschmuck-Ausstellung im Restaurant Kossak, Hauptstraße 71, wollen die Genossen sich heute Donnerstag, den 6., abends 7 1/2 Uhr, zu einer Flugblattverbreitung bei Käthe, Berliner Straße 39, zahlreich einfinden.

Berliner Nachrichten.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle Berlin.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin S.O., Adalbertstr. 41, hat am 24. Oktober d. J. ihr 14. Geschäftsjahr beendet. Der stetige Fortschritt in der Wirksamkeit des Instituts, über den seit der Begründung regelmäßig berichtet werden konnte, hat erfreulicherweise auch im abgelaufenen Jahre angehalten. Der Verkehr wickelte sich dank der praktischen Einrichtungen in ruhigen Bahnen ab, obwohl die Bibliothek während der täglichen 4 1/2 stündigen Betriebszeit außerst stark in Anspruch genommen wurde.

Das Institut wurde seinerzeit zugunsten der Arbeiterschaft Groß-Berlins begründet und es ist erfreulich feststellen zu können, daß 55 Proz. der Leser aus gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen bestehen. Die Handelsangestellten beiderlei Geschlechts bilden 22 Proz. der Benutzer, während die restlichen 23 Proz. des Leserkreises sich auf die liberalen Berufe, Beamte, Lehrer, Studenten und Personen ohne Beruf verteilen. Die Zahl der seit Eröffnung der Bibliothek ausgestellten Leserkarten beläuft sich auf 28 654 Stück, von denen im Berichtsjahre 4411 in Benutzung waren.

Wie die nachfolgende statistische Uebersicht ergibt, ist die Nachfrage nach belehrendem Lesestoff gegen das Vorjahr wiederum gestiegen. Dieser Erfolg dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Verwaltung es sich angelegen sein läßt, einen Kontakt mit den Lesern zu schaffen und diese durch entsprechende Hinweise zu nutzbringender Lektüre anzuregen. Als besonders fördernd hat sich auch eine täglich wechselnde Ausstellung von Schriften zur Einführung in die verschiedenen Wissensgebiete oder wichtige Tagesfragen bewährt. Diese Ausstellung führt dem Besucher die Reichhaltigkeit der Bibliothek ständig vor Augen und gibt ihm Gelegenheit, sich durch eigene Anschauung über den Inhalt der Bücher zu unterrichten, bevor er sie entleiht.

In der Ausleihbibliothek wurden im 14. Betriebsjahre 70 899 Bände nach Hause verliehen gegen 69 012 Bände im Vorjahr. In Verlust geraten sind 19 Bände. Von der Gesamtzahl der Entleihungen entfallen 45 963 Bände auf schöne und 24 936 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4338, Geographie 3110, Naturwissenschaften 5093, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 3075, Gewerbekunde, Technik 3290, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2815, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2715 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahre 35 Proz. aller Entleihungen aus. Insgesamt sind im 14. Jahre 85 851 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den 14 Betriebsjahren zusammen 1 045 544 Bände. Von dem einzelnen Leser wurden im letzten Jahre durchschnittlich 16 Bände nach Hause entlehnt und zwar 11 unterhaltende und 5 belehrende Bücher. Diese Ausleihziffern könnten leicht gesteigert werden, wenn die Verwaltung es sich aus wohl-

erwogenen Gründen nicht zum Grundsatz gemacht hätte, jedem Leser — von Ausnahmefällen abgesehen — immer nur ein Buch mitzugeben.

Die Lesehalle wurde im 14. Betriebsjahre von 67 312 Personen gegen 65 898 Personen im Vorjahr, und zwar 64 255 Männern und 3057 Frauen, in den 14 Jahren zusammen von 882 240 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 619 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Lesesaal aufgestellte, 2131 Bände zählende Nachschlagebibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 14. Betriebsjahr Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 138 211 Personen. Seit der Eröffnung vor 14 Jahren haben insgesamt 1 737 421 Personen das Institut aufgesucht.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Ein Frauenmord festgestellt.

Die Obduktion der an der Baitenbrücke gefundenen Frauenleiche hat ein sensationelles Ergebnis gehabt. Nach der Dienstag vorgenommene Besichtigung des aufgefundenen Oberkörpers konnte man annehmen, daß es sich um einen Selbstmord handelt und daß die Feststellung durch Schiffssichtungen erfolgt sei. Dieser Ansicht war Medizinalrat Dr. Hoffmann auch bei Beginn der gestern mittag um 1 Uhr erfolgten Obduktion. Um festzustellen, ob die Verletzung von einem Messer oder einem Bootshaken herrühre, wurde eine eingehendere Untersuchung vorgenommen. Hierbei erbedeten die Ärzte in dem Körper eine Messer Klinge, die abgebrochen war. Nach diesem Befund muß angenommen werden, daß der zweifellos tödliche Stich mit ungeheurer Wucht geführt worden ist. Rummel konnte auch festgestellt werden, daß der Oberkörper von den noch nicht gefundenen unteren Teilen gleichfalls mit einem Messer abgetrennt worden ist. Die Körperteile weisen glatte Schnittwunden auf, wie sie nur von einem Messer herrühren können. Es handelt sich also zweifellos um einen bestialisch ausgeführten Mord. Die Kriminalpolizei nimmt an, daß die noch fehlenden Körperteile von dem Mörder an irgendeiner Stelle abgewahrt werden.

Nach weis man nicht, welcher Art das Verbrechen ist und vor allem kennt man auch noch nicht die Persönlichkeit der Toten. Nach der Feststellung der Obduktion ist die Unbekantheit durch den Messerstich in den Rücken getötet und erst nach ihrem Tode in das Wasser geworfen worden. Dafür zeigte die Lunge, die noch mit Blut durchsetzt ist, die typischen Merkmale. Der Stich ist zwischen der fünften und sechsten Rippe auf der rechten Seite des Rückens tief in den Körper eingedrungen. Wäre das mit großer Wucht in den Körper gestohene Messer nicht abgebrochen, so wäre es wohl ganz durch den Körper hindurchgegangen. Das abgebrochene Stück der Klinge ist noch 12 Zentimeter lang und an der Bruchstelle 2 1/2 Zentimeter breit und an der Spitze scharf zugespitzt. Aus dem Grade der Abkühlung und der schwarzen Färbung der Klingenspitze ist zu schließen, daß das Messer schon älter und länger im Gebrauch gewesen ist. Ohne Zweifel ist es ein Messer mit einem Holzgriff gewesen, wahrscheinlich ein langes Schlächter- oder Vorknifer. Von dem Hantelgriffen steht auf dem abgebrochenen Stück nur ein Teil. Es ist zunächst ein kleines Kreuz mit gleichem Balken. Jeder der vier Balken zeigt am Ende drei kleine Ringe; die Keelblattartig angeordnet sind. Dann sehen in der ersten Reihe die Buchstaben J. A. und in der zweiten darunter die Buchstaben Sol, ohne Zweifel der eine Teil des Wortes Solingen.

Der Täter hat sein Opfer nach dem Tode in zwei Teile zerlegt, um die Leiche besser beseitigen zu können. Diese Trennung des Oberkörpers vom Unterkörper hat er ebenfalls mit einem Messer bewirkt. Wahrscheinlich aber nicht mit dem abgebrochenen, sondern mit einem anderen, denn die Schnittflächen, die bei der Aufspaltung des Oberkörpers verwichen und unregelmäßig erschienen, sind ursprünglich glatt und scharfandig gewesen, nicht bloß bei der Körperhaut, sondern auch bei den inneren Organen, einer Niere und dem Magen. Als anderen Verletzungen rühren von Dampferkräuben und Bootshaken her.

Nach Vollendung der Obduktion beschlagnahmte Amtsrichter Dr. Kohn die Leiche, um sie für die Gerichtsverhandlung im Falle der Ermittlung des Täters konservern zu lassen.

Zur Ermittlung der Persönlichkeit sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß das Gesicht der Toten bis auf einen Zahn noch erhalten war. Die Zähne sind aber zum großen Teil schlecht, wie bei Personen, die auf Zahnpflege kein großes Gewicht legen. Im Oberkiefer fehlt der linke Schneidezahn. Er ist durch einen künstlichen Zahn, der an einer Metallstütze befestigt ist, ersetzt. Die Kriminalpolizei hat gestern durch Säulenanschlag eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Die Einäscherung der Leiche des Genossen Wilhelm Schröder erfolgt am Freitagnachmittag in Hamburg. Die genaue Zeit steht noch nicht fest.

Von einem Träger erschlagen.

Von einem eiserne Träger erschlagen wurde am Dienstagmittag der 35 Jahre alte Hilfsarbeiter Franz Wurle aus der Weannenstraße 95, der in der A. G.-G. beschäftigt war. Wurle lud mit einem anderen Arbeiter an einem Neubau in der Voltastraße Schienen und Träger ab. Hierbei kam er, wahrscheinlich infolge Ausgleitens so unglücklich zu Fall, daß ein schwerer Träger ihm auf Kopf und Brust stürzte. Der Verunglückte wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo er bald nach der Aufnahme starb. Die schwere Last hatte ihm den Schädel und den Brustkorb eingedrückt.

Eine Familientragödie.

Auf eine Familientragödie scheint ein vierlacher Leichenfund hinzuweisen, der gestern vormittag gegen 11 Uhr in unmittelbarer Nähe des märkischen Industriebahnhofs Lütbars bei Gernsdorf gemacht wurde. Ein Lokomotivführer, der mit seinem Zug von Friedrichfelde in der Richtung nach Tegel fuhr, sah am Bahndamm vier Leichen liegen und erstattete bei dem Stationsvorstand von Lütbars Anzeige. Der Stationsvorstand begab sich darauf sofort mit einigen Bahnbeamten nach der bezeichneten Stelle und fand die Angaben des Lokomotivführers bestätigt. Die vorläufige Besichtigung ergab, daß alle vier Personen tot waren. Der männliche Tote stand im vorgeschrittenen Alter; neben ihm lagen drei Mädchen im Alter von etwa 13, 20 und 30 Jahren, offenbar die Töchter des Mannes. Alle vier zeigten Schnittwunden in den rechten Schläfen, woraus wohl geschlossen werden darf, daß alle vier im gegenseitigen Einverständnis aus dem Leben geschieden sind. Ob der Vater erst die Töchter und dann sich selbst oder ob sich alle vier einzeln erschossen haben, wird sich voraussichtlich nicht aufklären lassen. Bei den Toten fanden sich keinerlei Papiere. Neben den Toten lag ein Revolver und ein Panzer, der gleichfalls durch einen Schuß in den Kopf getötet worden war. Die Leichen blieben einstweilen an Ort und

der Stadt überlassene Darlehen von 2%, auf 4 Proz. erhöht hat. Eine erregte Debatte rief der von der Kleinbahngesellschaft vorgelegte Vertrag über die Richtleitung nach Süd hervor. Der 19 Paragraphen enthaltende Entwurf sieht nur Pflichten der Stadt vor. Obwohl letztere die zum Bahnbau erforderlichen 70 000 M. zinslos hergeben mußte, zeigt die Gesellschaft jetzt kein Entgegenkommen. Das alte Rathaus soll verkauft werden, die Vertretung stimmte einem bereits vorliegenden Angebot von 23 000 M. zu. Die Kassenrechnung ergab einen Bestand von 20 429 M. Der Kreis leistete zur Pflasterung einer Straße 675 M. Beihilfe.

Vernau.
Mit einer gut besuchten Versammlung wurde die Agitation für die kommende Stadtverordnetenwahl eröffnet. Genosse Otto Braun sprach über das Thema „Arbeiterinteressen und Kommunalverwaltung“. Einleitend hob der Referent hervor, daß die Arbeiterschaft früher wenig Wert auf die Gemeindevahl gelegt habe, mit dem steigenden Einfluß unserer Vertreter im Stadtparlament sei indessen das Interesse der Bevölkerung an den Verhandlungen in demselben gestiegen. Alsdann ging Redner auf die einzelnen Gebiete der städtischen Verwaltung ein und zeigte an der Hand unserer Forderungen die Sünden der bürgerlichen Mehrheit in der Stadtverwaltung. Am Schlusse seiner interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen ersuchte Genosse Braun, für eine starke Wahlbeteiligung Sorge tragen zu wollen, damit der 18. und 14. November ein Ehrentag für die sozialdemokratische Arbeiterschaft Vernaus werde. Genosse Prose fordert die Anwesenden auf, für die sozialdemokratischen Kandidaten Gen. Bruno Schneider und Adolf Sasse als Kandidaten der dritten Abteilung, sowie die Gen. Emil Wansch, Max Rosenow und Ludwig Stollow als Kandidaten der zweiten Abteilung rege zu agitieren. Diefem Ersuchen schloß sich auch Gen. Heibig an, der noch besonders betonte, daß auch die Frauen viel zum Besten unserer Sache beitragen können, wenn sie beim Einkauf von Waren diejenigen Geschäftsleute berücksichtigen, die und bei der Wahl ihre Stimme geben. Mit einem Hoch auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Bruchmühle.
Den Bericht über die letzten Vorkommnisse in der hiesigen Gemeinde erstattete Genosse Wiederemann in einer am Sonntag bei Regen stattgefundenen öffentlichen Versammlung. Dem Bericht folgte eine rege Diskussion, an der sich besonders die Bürgerlichen beteiligten. Sie anerkannten den Wert einer solchen Versammlung und waren offenbar erstaunt über die Sachlichkeit mit der die Materie behandelt wurde. Hatten die Herren vielleicht von einer gewissen Selbstfremdheit befangen vermutet, daß solche Berichte aus einer wüsten Schimpferei bestehen?

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.
Franz-Buchholz. Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Amtsbureau.
Lantvitz. Heute Donnerstag, abends 6 Uhr, im Rathausaal.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts-Zeitung.

Der „Vorwärts“ und der „Landaarbeiter“ vor dem Reichsgericht.

Am Dienstag hatte das Reichsgericht über zwei Urteile zu befinden, bei denen es sich um Auslegung des § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) handelt. In beiden entschied das Reichsgericht entgegen unserem und wohl dem allgemeinen Rechtsgefühl auf Verwerfung der von den Angeklagten eingelegte Revision.

1. Unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Alfred Dielepp war, wie unseren Lesern erinnerlich, vom Landgericht Berlin I wegen angeblicher Beleidigung des Landgerichts Göttingen zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. In Göttingen war jenes aufsehenerregende Urteil ergangen, das zwei streikende Arbeiter wegen vermeintlichen Nötigungsversuches verurteilte, wiewohl der eine der Verurteilten kein Wort gesagt hatte. An die Wiebergabe der Gerichtsverhandlung war die Bemerkung geknüpft „Und es wird immer behauptet, Klassenjustiz gäbe es nicht“. Das Landgericht Berlin I lehnte den Antrag ab, daß der „Vorwärts“, wie eine Reihe seiner Artikel dazum, unter Klassenjustiz unbedachte Voreingenommenheit, nicht aber, wie die Anklage behauptete, bewußte Verungung des Rechts versteht. Der Antrag wurde abgelehnt, Wahrnehmung berechtigter Interessen dem Angeklagten nicht zugebilligt. Das Reichsgericht bestätigte jetzt dies Urteil. Dem Recht behagt trotz der jetzt bestätigten Verurteilung das Göttinger Urteil keineswegs: es bleibt ungerecht.

2. Genosse Fritz Fraß wurde am 4. Juli vom Landgericht Berlin I als verantwortlicher Redakteur des „Landaarbeiter“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Artikel hatte geschilbert, daß auf dem Gute des Rittergutsbesitzers und Amtsvorstehers Dr. Klanta in Pilsnitz bei Breslau russische und galizische Arbeiter mit den unbedeutenden Arbeiterinnen auf dem Gut nachts verkehren. Die Folge sei die Entbindung einer Arbeiterin gewesen. Die Entbindung sei ohne Hebamme erfolgt. Der Amtsvorsteher meinte, er sei durch den Artikel beleidigt, weil er an den Umständen keine Schuld trage. Das Landgericht sprach die Verurteilung aus, wiewohl aus keinem Wort auf die Absicht einer Beleidigung zu schließen war. Wahrnehmung berechtigter Interessen, meinte es, liege nicht vor. Denn der Amtsvorsteher habe eine führende Stellung im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, während der Angeklagte Sozialdemokrat ist. Daraus schloß das Gericht, dem Angeklagten sei es nicht um Aufdeckung und Beseitigung der gerügten Mißstände zu tun gewesen, sondern er habe dem Reichsverbandler eins auszuweisen wollen. In diesem juristischen Salkomortale erklärte das Reichsgericht keinen „Rechtsirrtum“ und befähigte deshalb das harte Urteil.

Selbstredend wird auch Genosse Fraß durch solche Unfälle im Betriebe der Urteilsfabriken sich nicht davon abhalten lassen, nach wie vor die Interessen der geplagten Landaarbeiter wahrzunehmen. Nur erst recht!

Ein Polizeispindel.

In unserer Dienstausschreibung berichteten wir über eine Gerichtsverhandlung in Neudölln, in der ein angeblicher Kriminalbeamter eine Rolle spielte, dessen Persönlichkeit festzustellen Schulpfleute und Polizeiwache ablehnten, wiewohl dringende Veranlassung zur Feststellung der geheimnisvollen Persönlichkeit vorlag, die unter den Jugendlichen sich auffällig bemerkbar gemacht hat. In der Verhandlung kam nur zur Sprache, der Betreffende heiße Kehler. Es hat darauf der Richter Franz Kehler aus Neudölln, Hermannstraße, uns gebeten festzustellen, daß er mit dem polizeilichen Herrn nicht identisch ist. Wir kommen diesem Wunsch um so lieber nach, als es sich herausgestellt hat, daß der Name des polizeilich unbestimmten Polizeimanns nicht Kehler, sondern Keffel ist. Ueber die Art seiner Beschäftigung hatten wir bereits berichtet.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudölln. Für den

Der Glasarbeiter Strauch, der mit einer Geldstrafe belegt ist, weil er von seinem Recht, die Feststellung des angeblichen Kriminalbeamten Keffel zu verlangen, in zu lauter Weise Gebrauch gemacht haben soll, hat gegen das auffällende Urteil Berufung eingelegt.

Aus aller Welt.

Eine zwölfköpfige Familie ermordet.

Wie ein Telegramm aus Wilna meldet, überfiel in der Ortschaft Janinischki bei Wilna eine Räuberbande das Haus des jüdischen Kaufmanns Monczewski. Die gesamte aus zwölf Personen bestehende Familie des Kaufmanns wurde von den Banditen ermordet. Zwanzig Verdächtige wurden verhaftet.

Kleine Notizen.

Ein Drama im Walde. Beim Wildern von einem Förster erschossen wurde in der Forst Kallitpring bei Gr. Schletow in Pommern der Besitzer Max Sieffl aus Abbau Lind. Er hatte schon lange geliebt und man war ihm auch auf der Spur, trotzdem schreckte ihn nichts zurück. Er hinterläßt eine Frau und drei kleine Kinder.

Im Scherz erschossen. In Morgenau (Schlesien) erschoss der zwölfjährige Bauernsohn Niklas im Scherz den neunzehnjährigen Knecht Winde mit einem Jagdgewehr seines Vaters.

Kasak in der französischen Marine. Das Unterseeboot Cugnot ist mit dem Torpedobootzerstörer Dague auf der Toulonener Reede zusammengestoßen. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Torpedobootzerstörer Dague erhielt ein Leck, das sofort verstopft wurde. Auf dem Unterseeboot Cugnot wurde der Vordersteven gebrochen. Die beiden Schiffe wurden nach dem Arsenal geschleppt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Heute Donnerstag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Ballhaus-Besitzern“, Bergstraße 151/152 zu Neudölln, eine öffentliche Versammlung statt. Dr. Rudolf Breitscheid wird über das Thema: „Kampf gegen zwei Fronten“ sprechen.

Jugendveranstaltungen.

Neudölln. Heim I, Adelpassage. Heute Donnerstag, 6. November: Vortrag des Herrn Dr. Jüch über „Alkohol und Tuberkulose“. Freitag, den 7. November: Mädchenabend. Vortrag des Herrn Sutz über „Körperkultur“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Treppen - Fahrstuhl -, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man zu der Sprechstunde vor.

G. N. 31. Wenn im Termin Anträge nicht gestellt sind, und der Antragssteller einen Anwalt beigeordnet hatte, betragen die Kosten etwa 8 M. - G. 96. Ihre Frau ist zahlungsunfähig. Eine Reklamation ist ausdrücklich. - W. S. 111. 1. Nur dann, wenn sich nachweisen läßt, daß der Mann seine Zustimmung in bestimmter Form erteilt hat. Der von Ihnen angegebene Grund ist bedeutungslos. 2 bis 4. Ja. - Klimente 147. 1. u. 2. Ja. 2. Sie selber. 3. Klage bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schwangerer seinen Wohnsitz hat. Der Anwalt verfährt mit dem 22. November 1914. 4. Nur dann, wenn das Vormundschaftsgericht dies anordnet. - R. D. Können Sie oder Ihre Frau mit den Echtschulden, insbesondere mit dem Zahlungsdreißer und Liebesverweigerungsbuch in die Sprechstunde. Ein Antrag auf Erlass der Steuer läßt sich allerdings nicht mehr stellen, da die dreimonatige Frist von dem Zeitpunkt der Beendigung der Arbeitslosigkeit gerechnet, verstrichen ist. - Clara 6263. Wachen Sie der Gesellschaft durch eingehenden Brief sofort Mitteilung vom dem Unfall und verlangen Sie ein Kassenkonto, daß die Gesellschaft für den entstandenen und noch entstehenden Schaden ersatzpflichtig ist. - Unwissender. Sie können noch zur Verbüßung der rechtlichen Strafe gezwungen werden. - G. R. 87. 1. u. 2. So allgemein im Briefkasten nicht zu beantworten. 3. Nach dem Gesetz nicht. -

Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.

Am Donnerstag, den 13. November 1913, abends 8 1/2 Uhr, bei G. Saal, Germaniastraße, Streifenplatz 19:

Ordentliche General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Berathung und Beschlußfassung über die Dienstordnung der Beamten.
 2. Berathung und Beschlußfassung über die Krankenordnung.
 3. Festsetzung des Veranschlagtes für das Jahr 1914.
 4. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission.
- NB. Bemerken wollen wir noch, daß zu dieser Generalversammlung nur die Delegierten für das Jahr 1913, nicht die bereits neugewählten Ausschußmitglieder, Zutritt haben. Zu 1 der Tagesordnung muß die Majorität der Arbeitgeber und die der Arbeitnehmer zur Beschlußfassung vorhanden sein. Aus diesem Grunde erlauben wir um vollständiges Erscheinen.

Der Vorstand.
R. Koppelt, Vorsitzender.

Bismarck - Kognak!



Überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an. Fabrik: Chemische Werke Lubzyski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Greift zu!

Jed. Herr, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle elegante Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlin's georb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Kavaller-Jackott-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Kavaller-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Kavaller-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Kavaller-Herron-Hosen 2.50, 5.00 M.
Unter, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten

Witeffer,

bidet, auch die hartnäckigsten, fettig-läsende Haut und sonstige Hautunreinigkeiten werden am sichersten durch meine seit fast 25 Jahren bewährten Spezialmittel beseitigt. Garantiert wirksam und unschädlich! 2.50 M.

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.
Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69
(Laden).

Zu empfehlen ist: 946/8
Der Kleingarten,
seine Anlage,
Einteilung und Bewirtschaftung
von
Max Heschdörffer.
Preis brosch. 60 Pf.

Praktisches Taschenbuch für Gartenfreunde.

Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Plex-, Gemüße- und Obgartens.
Von
Max Heschdörffer.
Mit 137 Textabbildungen.
Preis geb. 3.50 M.

Dahersche Erdkartoffeln

Str. 2, 25 M.
Reutner, Berlin, Lehmühlenstr. 26.

Auf 2 Lose ein Gewinn garantiert
Ziehung schon 18. Novemb.
Münchener Lotterie
Gewinne im Werte von Mark
100000
15000

Wer 2 Lose kauft, eine gerade u. eine ungerade Nummer, muss gewinnen.
Lose 2 M. 30 Pf.
H.C. Kröger
BERLIN W 8, Friedrichstr. 193a
Tel.-Adr.: „Goldquelle“.

Concordia - Festsäle

Inh.: M. Wondt u. A. Schütze
64 Andreas-Straße 64.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Soiree
d. allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger
mit vollständig neuem Programm.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree:
Frei-Tanz.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Man merke Kaskadungen!
Husten, Halskelt, rauhen Hals beseitigen
Reichel's
Hustentropfen
haben wirksamste Erfolge!
Nur echt mit Marke „Medico“
50 Pf. 1.-
In Drogerien u. Apotheken, wo nicht, durch Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4.



Ich sage es Ihnen immer wieder: Sie müssen genau auf das geschlossene Paket mit Bild und Namenszug des Pfarrers Kneipp achten. Nur dann erhalten Sie echten Kathreiners Malzkaffee. Seien Sie vorsichtig: Es gibt täuschend ähnliche Packungen.

Einzelanzahl verantr. Tb. Ollode, Berlin. Druck-Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der neue Krupp-Prozess.

Erster Tag.

Berlin, 5. November 1913.

Die heutige Verhandlung beginnt mit einer längeren

Erklärung des Oberstaatsanwalts Dr. Ehrgeckinski:

Es ist hier schon davon die Rede gewesen, daß Vorgänge in dieser Verhandlung zum Teil zu Folgen im Ausland geführt haben, und die neuesten Zeitungsnachrichten geben darüber näheres. Es ist die Ehre belgischer und italienischer Offiziere, um die es sich dabei handeln kann, und wir haben ein Interesse daran, klarzustellen, daß in diesem Saale die Ehre irgendeines ausländischen Offiziers oder irgendeiner anderen ausländischen amtlichen Stelle mit keinem Wort angetastet worden ist, und daß auch nicht die mindeste Grundlage dafür vorhanden ist. Der heutige „Berliner Lokal-Anzeiger“, auf den ich schon einmal hier habe kommen müssen, bringt die Nachricht, daß man in Belgien den Verdacht geäußert habe, als habe Herr v. Meppen unlautere Beziehungen zu belgischen Offizieren gehabt, und daß man öffentlich Aufklärung darüber schaffen wolle. (Der Oberstaatsanwalt meint hier die Meldung, daß in der belgischen Kammer der Kriegsmilitär über diese Dinge interpelliert werden soll.) Ich möchte wohl hinzufügen: Das kommt davon, wenn man den Staatsanwalt, der berufen ist, in dieser Sache die Interessen der Rechtspflege und die Interessen des Staates so miteinander zu vereinen, daß keines von beiden Schaden leidet, der seit Monaten mit dieser Sache genau bekannt ist, sie Tag und Nacht durchdacht hat, in einem Moment, wo er nach bestem Wissen und Gewissen das allein Richtige beantragt, beschuldigt, als habe er die Fägel seines Amtes so aus der Hand verloren, daß sie in andere Hände übergehen müßten. Man hat sogar behauptet, es sei mir

eine offiziöse Frage

erteilt worden, weil ich unbedachterweise ein gefährliches Geheimnis ausgeplaudert hätte. Ich weiß nicht, ob die Stelle, von der diese Publikation ausgegangen ist, jemals Vermittlerin einer amtlichen Meinung oder Absicht gewesen ist, aber ich glaube, wenn es jemals der Fall gewesen sein sollte, so dürfte es damit nach diesem Vorfall für immer vorbei sein.

Meine Herren! Auszusprechen, aber auch zu beweisen, daß an keiner Stelle hier die Ehre irgendeiner ausländischen amtlichen Stelle, insbesondere, nachdem das Spezielle zur Sprache gekommen ist, irgendeines belgischen oder auch eines italienischen Offiziers angegriffen worden ist und angegriffen werden kann, nach dem uns bekannten Material dies auszusprechen und in dem nötigen Umfang zu beweisen, halte ich für eine Verpflichtung, der ich mich nicht entziehen kann. Es sind bisher zwei Briefe aus dem beflaggten Briefwechsel nicht verlesen worden, weil ihre Verlesung zunächst beanstandet wurde; es sind zwei Stellen darin, die das deutsche staatliche Interesse betreffen. In der einen Stelle wird ein deutsches artilleristisches Geheimnis mit einem Worte gestreift und in der anderen wird ein Staatsgeheimnis der deutschen Staatsregierung oder, vorsichtiger gesagt, ein Vorgang, der wahrscheinlich zurzeit im Interesse der deutschen Staatssicherheit besser noch nicht in die breite Öffentlichkeit gebracht wird, mit ein paar Worten gestreift. Deshalb können diese beiden Stellen zurzeit nicht öffentlich verlesen werden. Ich bitte den Herrn Sachverständigen, diese mir schon privatim mitgeteilte Ansicht zu bestätigen. — Sachverständiger Major v. Waltershausen: Ich kann das bestätigen. Im übrigen bitte ich aber, die Briefe nunmehr zu verlesen und weiter Herrn v. Meppen als Zeugen darüber zu vernahmen, daß er zu keinem belgischen Offizier jemals in irgend einer unlauteren Beziehung gestanden hat.

Die Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon und Rechtsanwältin Löwenstein schließen sich diesen Worten des Oberstaatsanwalts an. Der Oberstaatsanwalt nimmt Bezug auf ein Mißverständnis des Justizrats v. Gordon, der die Worte „das kommt davon“ auf sich bezogen hatte, und erklärt, daß seine Ausführungen sich ausschließlich nicht auf Herrn v. Gordon bezogen, sondern sie waren eine Folge der unerhörten Angriffe, die unter der Bezeichnung „Otto v. Gottberg“ im „Lokal-Anzeiger“ erschienen sind. — Es folgt die Verlesung einiger Briefe, die zwischen Eccius und v. Meppen gewechselt wurden, die aber völlig belanglos sind. Bei der Verlesung wird ein Name weggelassen, da über die betreffende Person verletzende Bemerkungen enthalten sind.

Es wird nun Herr v. Meppen vorgelassen. Er erklärt, daß der Verkehr zwischen ihm und den belgischen und italienischen Offizieren sich stets

in der lautersten Weise

abgepielt habe, daß die betreffenden Briefe nur technische Anfragen, die an ihn als den Vertreter Krupps gerichtet wurden, enthalten und nicht das geringste ergeben können, was einen anderen Eindruck machen würde. Die Briefe können also hier durchaus verlesen werden. Einige der Herren ausländischen Offiziere sind übrigens bereit, unter ihrem Eid hier dasselbe zu bezeugen. Ich habe eine Anfrage von einer belgischen Zeitung über diese Angelegenheit erhalten und es ist mir deshalb angenehm, die Erklärung hier abgeben zu können. — Oberstaatsanwalt: Damit ist die Sache ausgetragen. Ich bitte nur, um weitere Mißverständnisse zu vermeiden, zu sagen, was die betreffenden Briefe bedeuten. — Zeuge v. Meppen: Ich möchte betonen, daß ich nicht die Ursache bin, daß solche Dinge hier zur Sprache kommen, sondern nach meiner Meinung lediglich die überflüssigen Artikel des „Lokal-Anzeigers“. Deswegen wird der Sache eine außerordentliche Bedeutung beigelegt. Ich bitte aber, anstatt noch weitere ergänzende Erklärungen abzugeben, mich auf meine eben abgegebene Erklärung berufen zu können. — Oberstaatsanwalt: Also es ist jetzt gewiß, daß nicht der mindeste Grund für einen Angriff auf die Ehre eines ausländischen Offiziers oder einer ausländischen Regierung hervorgerufen ist und daß jeder Angriff nach dieser Richtung hin unberechtigt ist.

Es wird hierauf der

Sachverständige Major Freiherr v. Waltershausen

von der artilleristischen Abteilung im Kriegsministerium vernommen. Er erklärt: Die Kornwalzer enthalten zum größten Teil Mitteilungen über artilleristisches Gerät, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind. Der Firma Krupp als Lieferanten des artilleristischen Geräts sind unsere Geräte bekannt; deshalb sind auch die Kornwalzer der Firma Krupp gegenüber, soweit Interessen der Landesverteidigung in Frage kommen, nicht geheim. Zwischen der Firma Krupp und der Heeresverwaltung besteht ein vielfaches Zusammenarbeiten. Das gleiche ist aber auch gegenüber den anderen Firmen, die sich mit der Entwicklung und dem Bau artilleristischen Geräts befassen, der Fall; Krupp genießt hierin keine Sonderstellung. Der Sachverständige verbreitet sich dann über die Art des Geschäftsverkehrs mit der Firma Krupp sowohl bei den Verkaufsangelegenheiten, wo er sich zwischen der Firma und der Artillerieprüfungskommission abwickelt, als auch bei der Schaffung neuer, oder der Forderung des bereits eingeführten Geräts, wo das Kriegsministerium mit der Firma verhandelt. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Löwenstein erklärt der Sachverständige, daß die genaue Prüfung der in diesem Prozeß vorliegenden Kornwalzer durch die Heeresverwaltung ergeben habe, daß Nachrichten, welche im Interesse der Landesverteidigung selbst der Firma Krupp gegenüber geheim zu halten sein würden, in diesen Schriftstücken nicht enthalten sind. — Angeklagter

Direktor Eccius: Herr Major, Sie sprachen davon, daß die Firma Krupp eine Sonderstellung nicht genieße. Aber im gewissen Sinne ist das doch der Fall, namentlich da, wo die Firma allein gewisse Gegenstände für die Heeresausrüstung herstellt. — Sachverst.: In dieser Beziehung allerdings ja.

Der Vorsitzende teilt darauf mit, daß weitere Kornwalzer verlesen werden sollen. Auf Antrag des Staatsanwalts wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Vorsitzende bemerkt jedoch, er hoffe, heute noch die Öffentlichkeit wieder herstellen zu können, namentlich für die Frage der Vereidigung der bisher unter Aussetzung der Vereidigung vernommenen Zeugen.

Nach wiederhergestellter Öffentlichkeit erhält das Wort der Angeklagte Eccius, der noch einige Fragen zu stellen wünscht, zunächst an den Zeugen Direktor Moutz: Ist es richtig, daß mir niemals die Kornwalzer nachgeschickt worden sind, wenn ich verreist oder krankheitshalber abwesend war? — Zeuge Moutz: Das ist richtig. Ich möchte mich im Zusammenhang darüber äußern, wie die Kornwalzer vorgelegt wurden. Das geschah in ziemlich flüchtiger Weise. Man muß sich nur vorstellen, wie es im Zimmer eines Direktors oder Prokuristen der Firma Krupp hergeht. Wenn Eccius von der Reise oder von einem Krankheitsurlaub zurückkam, hielt ich ihm Vortrag über die zu erledigenden Sachen oder er kam auch zu mir und fragte mich danach. Aber nicht etwa um die Kornwalzer zu lesen, sondern es wurde Gott weiß was besprochen und dann wurden beiläufig auch die Kornwalzer dazwischen vorgelegt. In diesen Zimmern geht es manchmal zu wie in einem Laubenschlag. Da wird telefoniert, da werden Telegramme erledigt und einer gibt dem anderen die Tür in die Hand. Dazwischen wurden die Kornwalzer erledigt. Das Interesse des Direktors Eccius dafür war eigentlich recht minimal. Vor dem Militärgericht wurde einmal der Ausdruck gebraucht, Eccius hätte eine schnoddrige Art und Weise gehabt, manche Sachen zu erledigen. Das möchte ich nun ja gerade nicht sagen. Aber er hatte eine gewisse burleske Art. In wenigen Minuten gingen wir über Dutzende von Kornwalzern hinweg. Es waren manchmal auch Sachen darunter, die ein etwas lebhafteres Interesse erweckten. So zu der Zeit, als die falsche Ansicht kursierte, daß die Heeresverwaltung die Firma Krupp bevorzuge. Da ergab sich aus den Kornwalzern, daß die Aufträge an verschiedene Firmen verteilt worden waren, woraus unzweifelhaft hervorging, daß die Heeresverwaltung außerordentlich objektiv vorgegangen war, für unseren Gesinnung natürlich zu objektiv. — Angekl. Eccius: Dann möchte ich von dem Zeugen Direktor v. Dewitz wissen, ob es richtig ist, daß ich mich erst bei ihm über den Unterschied zwischen den verschiedenen Arten von Vergebenungen und Verlesungen und zwar erst im Laufe der Untersuchung informiert habe. — Zeuge v. Dewitz: Erst im Laufe der Untersuchung hat sich Direktor Eccius darüber unterrichtet, was eigentlich für ein Unterschied zwischen freihändigen, öffentlichen und beschränkten Vergebenungen oder Verdingungen besteht. Ich habe ihm das auf Grund der Dienstvorschriften auseinandergesetzt und zwar habe ich ihm die ganze Sache aufgeschrieben, nachdem ich sie mit ihm durchgegangen war. Das war aber erst jetzt in der Zeit der Untersuchung. Früher ist nie darüber gesprochen worden. — Vors.: Man müßte doch annehmen, daß jeder der Herren diesen Unterschied kennen müßte.

Zeuge v. Dewitz: Wenn die Vergebenungen kamen, wurde garnicht darauf hingewiesen, was es für Vergebenungen waren, sondern es wurde nur gefragt, was eigentlich verlangt werde. — Angekl. Eccius: Ich möchte nur, daß der Zeuge den Eindruck bestätigt, daß ich früher von diesen Dingen nichts gewußt habe. — Zeuge v. Dewitz: Das ist vollständig richtig. Herr Eccius sagte, er verstehe das nicht, ich müßte es aufschreiben, ob es eine öffentliche oder eine beschränkte Vergebung ist. — Vors.: Wann haben Sie ihm das gesagt und wann haben Sie es aufgeschrieben? — Zeuge v. Dewitz: Nun jetzt. — Angekl. Eccius: Es ist in der geheimen Sitzung über eine große Reihe von kleinen Notizen gesprochen worden, die sich in den Kornwalzern über das finden, was angefordert wurde. Es handelt sich dabei um seitenlange Ausführungen. Habe ich die jemals durchgesehen? — Zeuge v. Dewitz: Eccius hat das niemals durchgesehen, ich habe es getan. Wenn das geschah war, gab ich das Formular an die zuständige Stelle weiter. — Vert. R. A. Löwenstein: Ich möchte den Zeugen Moutz fragen, wie er nach seiner persönlichen Beurteilung den Charakter und die sonstigen Eigenschaften des Angeklagten Brandt einschätzt. — Zeuge Moutz: Als Brandt nach Berlin kommen sollte, wurde natürlich im Bureau erörtert, ob er nach seinem Charakter für diese Stellung geeignet sei. Brandt war mir als ein sehr ehrenvoller, wahrheitsliebender Mensch bekannt, als ein Mann, der, was Allgemeinbildung betrifft, die aus dem gleichen Stand hervorgegangenen Herren übertrifft. Er arbeitete fortgesetzt an seiner eigenen Weiterbildung. Er mußierte, malte in Öl und war überhaupt, was man so sagt, ein lieber Kerl.

In der ersten Zeit war er natürlich wenig beliebt, weil jeder Keulung, namentlich wenn er von solchen Qualitäten ist, als Eindringling betrachtet wird. Als er aber im Bureau eine höhere Stellung erlangt hatte, war es gerade umgekehrt. Er hatte die Eigenschaft, daß sich mit seiner Gümmlichkeit ein gewisser Mangel an Energie verband, und er trat vielfach für seine Untergebenen ein, wenn ihnen etwas vorgefallen war, jedoch es mir als dem Personalbevollmächtigten manchmal schwer war, seine Forderungen zu vertreten. Brandt ist auch gefällig veranlagt, und ich erinnere mich, daß er mir in Eifen einmal sagte, bei solchem Gehalt könne er nicht all zu viel Geiligkeit treiben. Ich sagte ihm daraus, daß das wohl auch in Berlin nicht anders sein würde. Als er später nach Berlin kam, hatte ich fortwährend Fühlung mit ihm wie mit der Berliner Vertretung überhaupt, die mir zwar nicht unterstellt war, was aber der Geschäftsgang mit sich brachte. Ich kann nur wiederholen, daß sich der Eindruck, den ich früher von ihm hatte, als er mein Untergebener war, in späterer Zeit auch nicht verändert hat. Insbesondere war er außerordentlich zuverlässig. — Vert. Rechtsanwältin Löwenstein: Halten Sie es mit Rücksicht auf Ihre Kenntnisse des Charakters Brandts für glaubhaft, daß er aus Gefälligkeit, wenn er mit seinen Freunden zusammen traf, die Züge begabte, ihnen gelegentlich kleine Gaben machte, vielleicht auch einmal eine Belohnungsgroschkarte, ohne dabei die selbsttätige Absicht gehabt zu haben, daß ihm die Herren daraufhin Nachrichten gäben. — Vorsitzender: Das ist aber doch ein Urteil. — Vert. Rechtsanwältin Löwenstein: Aber ein Urteil auf Grund der Kenntnisse des Zeugen von den Eigenschaften des Angeklagten Brandt. — Zeuge Moutz: Das sind zwar Kombinationen. Aber nach meiner Kenntnis Brandts glaube ich, diese Frage dahin beantworten zu können, daß ich persönlich nicht daran zweifle, daß er die Geschenke ohne solche Absicht gegeben hat. Aber in welchem Maße das zutrifft, das weiß ich nicht. — Vors.: Wir kommen jetzt zur

Vereidigung der vernommenen Direktoren

und Beamten der Firma Krupp und des Herrn v. Meppen. — Oberstaatsanwalt: Ich beantrage, von der Vereidigung der Zeugen Landrat a. D. Rötger, Direktor Dreger, Direktor Muchion und Marquardt Abstand zu nehmen. — Vert. J. A. Gordon: Ich beantrage, diese Herren zu vereidigen. Es würde eine sehr schwierige und eigentümliche Lage sein, wenn diese Herren hier aus dem Saale unvereidigt hinausgingen, nachdem das Verfahren gegen sie eingestellt worden ist, wenn also gewissermaßen nach der Verdacht der Mittäterschaft auf ihnen lasten würde. Der zuerst genannte Zeuge ist Herr Landrat a. D. Rötger.

Auch er ist offiziell in die Voruntersuchung hineingezogen gewesen und es war gerade der Herr Staatsanwalt selbst, der, nachdem die Voruntersuchung sehr eingehend und speziell auch gegen Herrn Rötger geführt worden war, den Antrag stellte, gegen ihn das Verfahren einzustellen. Befamlich handelt es sich bei dieser ganzen Frage gar nicht darum, ob den Herren Glauben zu schenken ist, sondern lediglich um die rein prozessuale Frage, ob sie der Mittäterschaft verdächtig sind. Nun ist geltend gemacht worden, daß gegen Herrn Landrat Rötger als das einzige Moment in Betracht kommen könnte die Korrespondenz, die Herr v. Schüy mit ihm 1905 und anfangs 1907 geführt hat. In dieser Korrespondenz hat Herr v. Schüy einmal bei Gelegenheit des Dispositionsfonds für Brandt geschrieben, daß das Erfreuliche an dem Manne sei, daß er sich in legalen Grenzen halte und daß er

direkte Geldgeschenke nicht mache.

Auch in den anderen Briefen hat er jedenfalls das legale Vorgehen Brandts hervorgehoben. Es fragt sich nun, ob jemand als Philologe in den Worten, daß er keine direkten Geschenke gemacht habe, das Eingeländnis erblicken könnte, Brandt habe indirekte Geldgeschenke gemacht. Da ist aber vom Standpunkt des Herrn v. Schüy, der von allen Seiten als Ehrenmann geschilbert wird, zu erwägen, daß, wenn er von legalen Wegen spricht, er das auch meint und daß er nicht an Verstößen gedacht hat. Man darf nicht mit Spitzfindigkeiten diesen Satz auslegen versuchen. Aber auch abgesehen davon, was Herr v. Schüy sich dachte, muß man sich doch fragen, ob Herr Rötger jedes Wort in den Briefen auf die Goldwaage gelegt hat, oder ob nicht nur der Gesamteindruck in seiner Seele haften blieb. Herr Landrat Rötger hat, wie alle Zeugen bezeugten, nicht das geringste mit den Kornwalzern zu tun gehabt; er ist ein Mann, der im öffentlichen Leben eine bedeutsame Rolle spielt, und er hat versichert, daß er den ganzen Kornwalzerbetrieb nicht gekannt hat. Er ist zu der Korrespondenz mit Herrn v. Schüy überhaupt nur gekommen, weil damals der Degerment beurlaubt war, mit der ganzen Sache hatte er aber nichts zu tun. Der Herr Staatsanwalt hat in seinem Antrag auf Einstellung des Verfahrens selbst in der präzisesten Weise dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß es nicht denkbar sei, daß Landrat Rötger etwas anderes annahm, als daß Brandt einen gesellschaftlichen Verkehr mit seinen Kameraden pflegte und daß es dabei zu unbedachten Vertraulichkeiten kam, die aber nicht als bewusste Geschehnisse angesehen werden können. Es ist unmöglich, den Gegenbeweis gegen Landrat Rötger zu führen, weil die Kornwalzer aus jener Zeit ordnungsgemäß kontrolliert worden sind und in glaubwürdiger Weise versichert worden ist, daß er von dem Inhalt derselben keine Kenntnis hatte. Nun ist als neues Moment in dieser Verhandlung die

Korrespondenz des Zeugen Marquardt

zutage getreten. Herr Marquardt hat jedoch unter seinem Eid erklärt, daß er über den ganzen Kornwalzerbetrieb nicht orientiert war und daß seine Angaben tatsächlich unrichtig sind. Er ist von der Annahme ausgegangen, daß die Kornwalzer auch Landrat Rötger zugänglich gewesen seien; diese Annahme fällt aber fort, denn tatsächlich hatte Landrat Rötger mit ihnen nichts zu tun. Es ist unmöglich, zu sagen, daß er damit etwas zu tun hatte, weil er einmal mit Herrn v. Schüy über den Dispositionsfonds Brandts korrespondiert hat. Ich beantrage daher mit Nachdruck, Herrn Landrat Rötger zu vereidigen.

Der zweite Zeuge, dessen Nichtvereidigung beantragt worden ist, ist Herr Dreger. Ich muß da offen aussprechen: Keine Persönlichkeit hat hier mit solcher erschreckenden Offenheit, ohne jemals zu diplomatisieren, von Anfang bis zu Ende ausgelegt wie Herr Dreger; er ist offen und frei ausgesprochen und hat gesagt: Ich habe niemals angenommen, daß

Verlesungen

vorgelesen haben. Herr Dreger hat sich erboten, für den Betrieb durch seine Unterschrift die Verantwortung zu übernehmen. Das ist eine Persönlichkeit wie er nicht, wenn er nicht angenommen hätte, daß zwar Indiskretionen, aber keine Verlesungen vorgekommen sind. Der Herr Oberstaatsanwalt ist ja mit seinem Antrag abgewichen von seiner eigenen früheren Rechtsauffassung. Ich bitte, daß uns der Herr Oberstaatsanwalt sagt, worin die Anstiftung liegen soll. Weshalb hat der Herr Staatsanwalt selbst die Einstellung des Verfahrens gegen Herrn Dreger beantragt? Was den Zeugen Muchion anbelangt, so hat er alles getan, was er als stellvertretender Direktor tun konnte. Er ist sofort nach Eifen gegangen und hat mit jüdischem Temperament den Herren erklärt, daß der Sache ein Ende gemacht werden müßte; wenn die Herren mit der geschäftlichen Steifheit des Alters damals die Erörterung abstimmen und sie auf eine spätere Zeit verschoben, so hat es nicht an ihm gelegen, daß nicht schon am 8. August der Sache mit Brandt ein Ende gemacht wurde; er hat sich selbst unglücklich gefühlt. Wie kann da von einer Teilnahme die Rede sein? — Dann kommt noch der Zeuge Marquardt in Frage. Wegen ihm ist Anklage erhoben worden, die Eröffnungsammer hat ihn jedoch außer Verfolgung gesetzt, meines Erachtens mit vollem Recht; denn die Anklage stützte sich darauf, daß er formell den Vertrag mit Brandt über die Funktionszulagen geschlossen hat. Er hat das aber nicht aus eigener Verantwortung getan, sondern auf direkte Weisung des Degerments, Direktors Eccius. Was der Oberstaatsanwalt in seinem Einstellungsantrag zugunsten des Landrats a. D. Rötger ausführte, nämlich daß für die ganze erste Zeit Kornwalzer nicht mehr vorhanden sind und daß Landrat a. D. Rötger von dem Inhalt keine Anstiftung hatte, trifft voll und ganz auf Herrn Marquardt zu; auch er hat von dem Inhalt keine Kenntnis gehabt. Nun ist noch die eine große und erste Frage zu erörtern, wie es mit dem

Zeugen v. Meppen

sein soll. Soll er vereidigt werden oder nicht? Auch er ist der Teilnahme verdächtig und auch gegen ihn aus vollkommen richtigen juristischen Gründen das Verfahren eingestellt worden. Nun ist aber in dieser Verhandlung ein schwerer Belastungszeuge gegen Herrn v. Meppen aufgetreten. Dieser Zeuge hat bezeugt, daß Herr v. Meppen schon seit langer Zeit, wohl schon seit seinem Eintritt in die Berliner Stellung, die Ueberzeugung gehabt hat, es handele sich bei Brandt um Bestechung. Trotzdem hat er bei Eccius und der Direktion verneint, daß Brandts Bezüge erhöht wurden. Er war der Vorgesehene Brandts und daher verpflichtet, der Direktion zu schreiben, daß Brandt abberufen werden müßte. Da er dieser Rechtspflicht nicht genügte, ist er der Mittäterschaft schuldig. Ich möchte also seine Nichtvereidigung beantragen. Aber es ist mir zweifelhaft, ob man auf Grund des Zeugnisses dieses Belastungszeugen Mittäterschaft annehmen kann, denn dieser einzige Belastungszeuge ist Herr v. Meppen selbst. Aus diesem Grunde stelle ich keinen Antrag auf Nichtvereidigung, weil ich dem Belastungszeugen gegen Herrn v. Meppen keinen Glauben schenken kann.

Verteidiger Rechtsanwältin Löwenstein: Ich frage bezüglich der Vereidigung des Zeugen v. Meppen weder auf dem Standpunkt der Anklage noch auf dem meines Mitverteidigers. Durch sein eigenes Zeugnis, und allein durch dieses, hat der Zeuge v. Meppen sich der strafbaren Teilnahme an der den Gegenstand der Verhandlung bildenden Bestechung schuldig gemacht. Trotzdem hat der Staatsanwalt seine Nichtvereidigung nicht beantragt. Ich frage da vor

